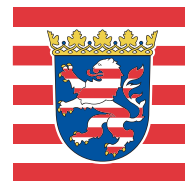


- Hessisches Ministerium der Finanzen
- Finanzamt Eschwege-Witzenhausen
- Finanzamt Korbach-Frankenberg
- Landesbetrieb Bau- und Immobilien Hessen,
Niederlassung Nord – Leuschnerstraße Kassel



Umwelterklärung 2022





5	VORWORT
6	DER GESCHÄFTSBEREICH DES HESSISCHEN MINISTERIUMS DER FINANZEN
6	DIE EMAS-DIENSTSTELLEN UND LIEGENSCHAFTEN
7	HESSISCHES MINISTERIUM DER FINANZEN
9	FINANZAMT ESCHWEGE-WITZENHAUSEN
12	FINANZAMT KORBACH-FRANKENBERG
15	NIEDERLASSUNG NORD DES LBIH
16	UMWELTLEITLINIEN DER HESSISCHEN FINANZVERWALTUNG
16	UMWELTZIELE UND -MAßNAHMEN
17	STRATEGISCHE UMWELTZIELE
18	OPERATIVE UMWELTZIELE ALLER EMAS-STANDORTE
19	STATUS LAUFENDER MAßNAHMEN AUS DEN UMWELTPROGRAMMEN DER VORJAHRE
22	MAßNAHMEN AUS DEM UMWELTPROGRAMM 2022
23	ZIELE UND MAßNAHMEN ZUR VORBEUGUNG AUS DER ENERGIEKRISE
24	UMWELTMANAGEMENTSYSTEM
26	UMWELTASPEKTE
26	BEWERTUNG DER UMWELTASPEKTE
28	BESCHREIBUNG DER BEDEUTENDEN DIREKTEN UMWELTASPEKTE, UMWELTRELEVANTER VERBRAUCHSDATEN UND MAßNAHMEN
28	BESCHÄFTIGTE UND FLÄCHEN
31	ENERGIE
40	WASSER
42	ABFALL
44	PAPIERVERBRAUCH
47	GEBÄUDEBEZOGENE EMISSIONEN
50	MOBILITÄT UND CO _{2e} -EMISSIONEN
58	GESAMTEMISSIONEN (GEBÄUDE UND MOBILITÄT)
59	BIOLOGISCHE VIELFALT - FLÄCHENNUTZUNG
62	BESCHREIBUNG DER BEDEUTENDEN INDIREKTEN UMWELTASPEKTE
62	FÜR ALLE EMAS-DIENSTSTELLEN ERMITTELTE INDIREKTE UMWELTASPEKTE
64	INDIREKTE UMWELTASPEKTE DES MINISTERIUMS
70	INDIREKTE UMWELTASPEKTE DER NIEDERLASSUNG NORD DES LBIH
71	WESENTLICHE UMWELTRECHTLICHE ANFORDERUNGEN UND DEREN EINHALTUNG (RECHTSKATASTER)
73	ERKLÄRUNG DES UMWELTGUTACHTERS
74	IMPRESSUM





**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,**

zukunftsfähig und leistungsstark – so sollen die Dienststellen im Geschäftsbereich des Hessischen Ministeriums der Finanzen aufgestellt sein! Um dies zu erreichen, optimieren wir fortlaufend unsere Strukturen und arbeiten stetig daran, unsere Arbeitsabläufe noch ein Stück weit effizienter und digitaler zu gestalten. Unser Ziel ist dabei vor allem, unsere fachlichen Kernaufgaben auch weiterhin bestmöglich zu erfüllen.

Darüber hinaus wollen wir im Wettbewerb um die besten Köpfe ein attraktiver Arbeitgeber sein, der

seinen Beschäftigten neben spannenden Aufgaben und Karrieremöglichkeiten ausreichend Flexibilität und ein nachhaltiges und modernes Arbeitsumfeld bietet. Wir sehen uns zudem in der Verantwortung als öffentliche Verwaltung zum Gemeinwohl und der Generationengerechtigkeit beizutragen. Daher spielt Klima- und Umweltschutz in unserer Strategie und bei der Erledigung unserer Aufgaben eine wesentliche Rolle.

Klima- und Umweltschutz soll zum integralen Bestandteil unserer Organisationsstruktur und unserer Arbeitsabläufe werden. Dabei stehen für uns unter anderem die Unterbringung der Beschäftigten, die Ausstattung der Gebäude sowie die Verbesserung der nachhaltigen Mobilität im Fokus. In diesem Sinne setzen wir im Geschäftsbereich auf hohe Nachhaltigkeitsstandards bei Bauprojekten und auf die Verbesserung der Energieeffizienz unserer Verwaltungsgebäude. Wir führen schrittweise moderne Bürokonzepte ein und streben dabei einen nachhaltigen Flächeneinsatz mit flexiblen Nutzungsmöglichkeiten an. Durch viele heimatnahe Arbeitsplätze und Regelungen zum ortsflexiblen Arbeiten sorgen wir für reduzierte Pendelstrecken unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Um diese und weitere Nachhaltigkeitspotenziale systematisch zu erschließen, haben wir vor mittlerweile drei Jahren ein Umweltmanagementsystem nach EMAS in drei Dienststellen des Geschäftsbereichs eingeführt. Im Jahr 2022 konnten wir nun erfolgreich die Einführung von EMAS im Ministerium selbst und damit in der vierten Dienststelle abschließen. Auf diesem Weg haben wir unsere wesentlichen Umweltschutzaspekte aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet, Daten gesammelt und uns Ziele für die kommenden Jahre gesteckt. Die Erkenntnisse, die wir hieraus ziehen, nutzen wir auch für die Verbesserung unserer Umweltleistung im gesamten Geschäftsbereich.

Ich freue mich, dass wir jetzt bereits die dritte und um das Ministerium erweiterte Umwelterklärung veröffentlichen, die Ihnen einen Einblick in unser Umweltmanagementsystem sowie unsere Umweltleistung gibt.

Wir arbeiten wie viele weitere EMAS-Organisationen daran, immer besser zu werden und unseren Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung zu leisten. Wenn wir uns alle unserer Verantwortung für den Klima- und Umweltschutz endgültig bewusstwerden und diesen systematisch in den Unternehmen, Vereinen, Verwaltungen und im individuellen Alltag integrieren, können wir gemeinsam viel bewirken!

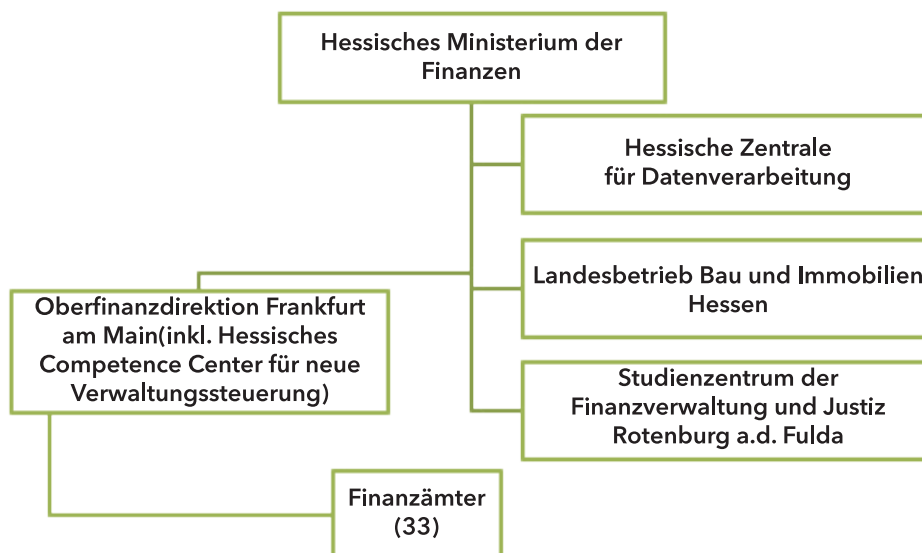
Dr. Martin Worms
Hessischer Finanzstaatssekretär

DER GESCHÄFTSBEREICH DES HESSISCHEN MINISTERIUMS DER FINANZEN

Das Hessische Ministerium der Finanzen in Wiesbaden (HMdF) hat als eine der obersten Landesbehörden Hessens einen vielfältigen Geschäftsbereich. Ein wichtiger Aufgabenbereich und Baustein für das Land Hessen ist die Erhebung von Steuern zur Finanzierung eines funktionierenden Gemeinwesens. Diese Aufgabe übernehmen in der Hessischen Steuerverwaltung über 11.000 Beschäftigte in den 33 hessischen Finanzämtern und der Oberfinanzdirektion Frankfurt a.M. (OFD), der als Mittelbehörde die Dienst- und Fachaufsicht obliegt. Der steuerliche Fachnachwuchs wird im Studienzentrum der Finanzverwaltung und Justiz in Rotenburg an der Fulda ausgebildet. Zum Geschäftsbereich gehören neben der Steuerverwaltung auch die Hessische Zentrale für Datenver-

arbeitung (HZD) als IT-Dienstleister für die Hessische Landesverwaltung sowie das Hessische Competence Center für neue Verwaltungssteuerung (HCC) als Teil der OFD und als zentraler Dienstleister der hessischen Landesverwaltung für die Beschaffung, die Finanzbuchhaltung und für die Entwicklung und Wartung der SAP-Systeme. Zudem ist der Landesbetrieb Bau und Immobilien Hessen (LBIH) Teil des Geschäftsbereichs und übernimmt im Auftrag des Landes Hessen operative Aufgaben im Hochbau und Immobilienmanagement. Er baut, erhält und verwaltet als Komplettanbieter landeseigene Immobilien. Der LBIH übernimmt auch die Projektrealisierung bei Bauangelegenheiten des Bundes in Hessen.

Schaubild „Aufbau des Geschäftsbereichs“



Stand November 2022

DIE EMAS-DIENSTSTELLEN UND LIEGENSCHAFTEN

Das Umweltmanagementsystem ist in vier Dienststellen im Geschäftsbereich des Hessischen Ministeriums der Finanzen eingeführt – dem Ministerium, den Finanzämtern Eschwege-Witzenhausen und Korbach-Frankenber

Nord des LBIH. Das Umweltmanagementsystem umfasst bislang die im folgenden vorgestellten Liegenschaften und den Einflussbereich der Dienststellen durch ihre jeweiligen Aufgabebereiche.

HESSISCHES MINISTERIUM DER FINANZEN

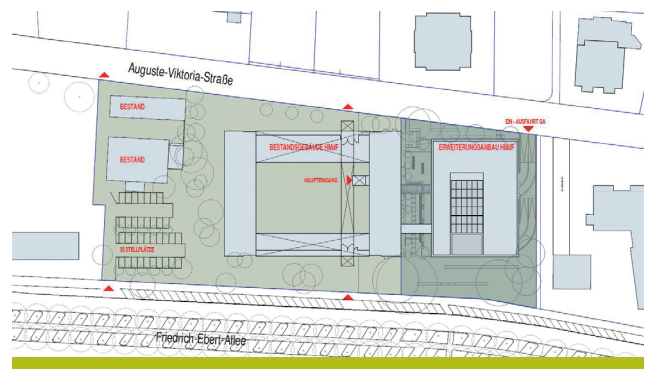
NACE-CODE: 84.11

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Das Hessische Finanzministerium wird vom Hessischen Finanzminister, Staatsminister Michael Boddenberg, geführt. Staatssekretär Dr. Martin Worms steht ihm hierbei unterstützend zur Seite. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in vier Abteilungen kümmern sich um die folgenden Aufgabenbereiche:

- ▶ Haushalts- und Finanzpolitik
- ▶ Steuerpolitik und -verwaltung
- ▶ staatliches Verwaltungskostenwesen
- ▶ Servicestelle Finanzplatz Frankfurt
- ▶ Steuerberaterwesen
- ▶ Kommunaler Finanzausgleich, Länderfinanzausgleich, Bund-Länder-Finanzbeziehungen
- ▶ Staatsbürgschaften und Garantien sowie staatliche Finanzierungshilfen
- ▶ Beteiligungsmanagement des Landes und Staatslotterien
- ▶ Immobilienmanagement
- ▶ staatlicher Hochbau, Bauberatungsstelle des Landes für mit staatlichen Mitteln geförderte Hochbauten, Leitung des Hessischen PPP-Kompetenzzentrums
- ▶ Neue Verwaltungssteuerung
- ▶ Zentrale Beschaffung sowie Bereitstellung der IT-Dienstleistungen für die Landesverwaltung

Das Ministerium in Wiesbaden befindet sich am Rande des Stadtbezirks Wiesbaden Süd-Ost in direkt angrenzender Lage zu Wiesbaden Mitte. Das Gelände ist sowohl von der Friedrich-Ebert-Allee als auch von der Auguste-Viktoria-Straße



erschlossen. Der Hauptbahnhof, an dem sich auch viele zentrale Umsteigemöglichkeiten für den Busverkehr befinden, ist in wenigen Minuten fußläufig erreichbar.

Die Bediensteten sind in zwei Gebäuden untergebracht, die durch einen Übergang miteinander verbunden sind. Die beiden Gebäude unterscheiden sich jedoch wesentlich in der Gebäudesubstanz voneinander. Zudem befindet sich der Erweiterungsbau im Landeseigentum, das Bestandsgebäude ist langfristig durch das Land Hessen angemietet. Der Betrieb beider Gebäude erfolgt über den Landesbetrieb Bau und Immobilien Hessen durch die Niederlassung West.

Insgesamt stehen im Ministerium 14 Ladepunkte für Elektro-Pkw zur Verfügung. Diese dienen in erster Linie dazu den teilweise aus E- oder Hybridfahrzeugen bestehenden Fuhrpark zu laden. Zudem besteht für die Beschäftigten die Möglichkeit, die privaten E-Pkw kostenlos zu laden.

Am gesamten Standort stehen viele Parkplätze für Pkw zur Verfügung, die sich in der vorhandenen

Tiefgarage oder auf Parkflächen im Freien befinden. Zusätzlich können die Beschäftigten ihre Fahrräder sicher an Fahrradständern abstellen, von denen sich ein Teil ebenfalls in der Tiefgarage befindet.

Den Beschäftigten stehen für die Pausen unterschiedliche Aufenthaltsmöglichkeiten, draußen sowie drinnen, zur Verfügung. Herzstück ist dabei die Cafeteria, deren Bewirtschaftung an Umwelt- und Nachhaltigkeitskriterien ausgerichtet und im Jahr 2022 in das Netzwerk „100 Klimakantinen“ aufgenommen wurde.¹

Erste Pedelecs wurden bereits im Jahr 2012 angeschafft, sodass auch innerstädtische Wege umwelt- und klimafreundlich zurückgelegt werden können.

Seit 2019 haben einige Bienenvölker ein Zuhause im Innenhof des Bestandsgebäudes gefunden und sollen gemeinsam mit Blühstreifen und einem Insektenhotel zur Biodiversität in der Stadt beitragen. Darüber hinaus ist das Gebäude von Rasenflächen und einem teilweise alten Baumbestand umgeben.

BESTANDSGEBÄUDE UND GARAGENBAU

Adresse	Friedrich-Ebert-Allee 8 65185 Wiesbaden
Fläche	12.262 m ² BGF ² (Bestandsgebäude) 772 m ² BGF (Garagenbau)
Mitarbeiteranzahl	242 (VZÄ ³)

Die Beschäftigten sind in Büroräumen eines Bestandsgebäudes tätig, das im Jahr 1958 erbaut wurde und unter Denkmalschutz steht. Zum Bestandsgebäude gehört ein Garagenbau mit Aufenthaltsräumen für die Fahrbereitschaft und einer Dienstwohnung, die nicht Teil des EMAS-Geltungsbereichs ist. Nördlich des Bestandsgebäudes steht zudem ein denkmalgeschützter Hochbunker aus dem Zweiten Weltkrieg, der als Mahnmal für die Stadtgeschichte Wiesbadens wirkt. Er dient als Lager- und Archivfläche.

Im Rahmen der sogenannten LEO-Maßnahmen des Landes wurden die Gebäude verkauft und seitdem vom Land angemietet. Die Gebäudesubstanz entspricht in weiten Teilen dem Zustand der Gestehungszeit. Bis zum Jahr 2000 haben keine größeren Sanierungsmaßnahmen stattgefunden. Danach wurden in enger Abstimmung mit dem Landesamt für Denkmalschutz einzelne energetisch wirksame Sanierungsmaßnahmen durchgeführt.

ERWEITERUNGSBAU

Adresse	Friedrich-Ebert-Allee 8 65185 Wiesbaden
Fläche	5.227 m² BGF
Mitarbeiteranzahl	116 (VZÄ)

Der Erweiterungsbau des Ministeriums wurde im Jahr 2016 in Betrieb genommen. Es handelt sich dabei um ein zertifiziertes Passivhaus. Darüber hinaus wurde das Gebäude auf Basis des Bewertungssystems Nachhaltiges Bauen (BNB) errichtet und ist als besonders schadstoffarm bewertet. Der dabei erreichte Standard entspricht dem Qualitäts-

niveau Silber. Eine Zertifizierung steht zum aktuellen Zeitpunkt noch aus. Das Erweiterungsgebäude wurde 2018 durch den Bund Deutscher Architektinnen und Architekten mit der Johann-Wilhelm-Lehr-Plakette im Rahmen des Architekturpreises „Große Häuser, kleine Häuser – Ausgezeichnete Architektur in Hessen“ ausgezeichnet.

FINANZAMT ESCHWEGE-WITZENHAUSEN

NACE-CODE: 84.11

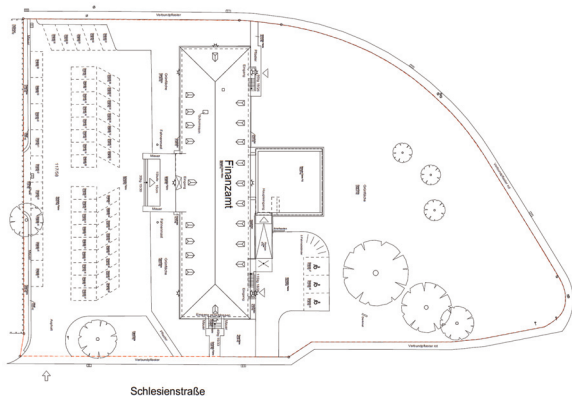
Allgemeine öffentliche Verwaltung

Für die Steuerpflichtigen im Landkreis Werra-Meißner nimmt das Finanzamt Eschwege-Witzenhausen folgende Aufgaben wahr:

- ▶ Festsetzung der Einkommensteuer (einschließlich Förderung des Wohneigentums), Lohnsteuer und der zumeist besser unter dem Namen „Mehrwertsteuer“ bekannten Umsatzsteuer
- ▶ Feststellung des Gewinns von Personengesellschaften und sonstigen Personenvereinigungen
- ▶ Festsetzung der Gewerbesteuermessbeträge, die den Gemeinden als Grundlage für die Festsetzung der Gewerbesteuer dienen
- ▶ Besteuerung und Steuerfreistellung von Vereinen
- ▶ Bewertung des Grundbesitzes, welche u.a. den Gemeinden als Grundlage für die Erhebung der Grundsteuer dient
- ▶ Betriebsprüfung

Das Finanzamt Eschwege-Witzenhausen ist in mehreren Gebäuden untergebracht. Der Standort Eschwege umfasst zwei Gebäude und der Standort Witzenhausen ein Gebäude, die alle im Landes Eigentum stehen.

Die unterschiedlichen Liegenschaften befinden sich im ländlichen Raum und sind mit dem ÖPNV erreichbar. Bei Standorten nahe anderer Bundesländer gestaltet sich ein geregelter grenzüberschreitender ÖPNV als schwierig, weshalb der Weg zur Arbeit von vielen Bediensteten mit dem privaten Fahrzeug getätigt werden muss. Auch ist das öffentliche Verkehrsnetz im ländlichen Raum weniger gut ausgebaut, sodass sich für die Bediensteten oftmals keine Alternative zum Pkw bietet. Die wenigsten Beschäftigten sind am Arbeitsort auch wohnhaft und müssen somit über teilweise beträchtliche Strecken pendeln.



HAUPTGEBÄUDE IN ESCHWEGE

Adresse Schlesienstraße 2
37269 Eschwege

Fläche rd. 3.233m² BGF

Mitarbeiteranzahl 57 (VZÄ)

Das Hauptgebäude am Standort in der Schlesienstraße befindet sich in Stadtrandlage von Eschwege. Das Gebäude wurde in 1936 als Bestandteil eines alten Flughafengeländes erbaut und diente ursprünglich als Kommandantur. Nach dem Krieg war es ein Displaced Persons Lager. Seither dient es als Finanzamt.

Die Beschäftigten sind auf einer Fläche von insgesamt 3.233 m² untergebracht. Das Grundstück ist verkehrstechnisch über die Schlesienstraße erschlossen. Es besteht eine Anbindung an den ÖPNV. Pendlerinnen und Pendler sowie Besucherinnen und Besucher stehen am angrenzenden Parkplatz fünf Fahrradstellplätze und insgesamt 49 Stellplätze für Pkw zur Verfügung. Drei davon sind Behindertenparkplätze. Um das Gebäude herum befinden sich große Rasenflächen, die zum Teil intensiv mit Büschen und Bäumen bepflanzt sind.

Beim Gebäude handelt es sich um ein massives Bauwerk, dessen Wärmedämmstandard noch dem aus der Gestehungszeit entspricht. Das Gebäude wird ständig modernisiert. Dennoch ist das Potenzial zur Energieeinsparung und -effizienz noch nicht vollständig ausgeschöpft.

Auf zwei Stockwerke verteilen sich Büros, Besprechungsräume, ein geräumiges Foyer und Sozial- und Sanitärräume.

NEBENSTELLE IN ESCHWEGE

Adresse Max-Woelm-Straße 5-7
37269 Eschwege

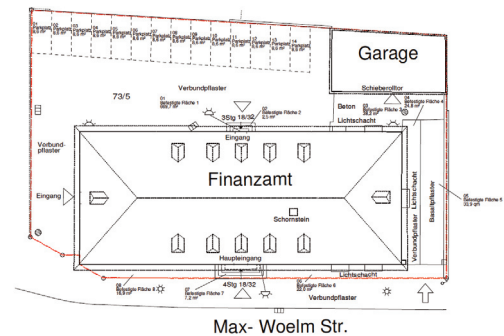
Fläche 1.682m² BGF

Mitarbeiteranzahl 26 (VZÄ)

Das Gebäude in der Max-Woelm-Straße, das im Finanzamt Eschwege als Nebenstelle genutzt wird, wurde 1923 erbaut. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind auf einer Fläche von insgesamt 1.682m² untergebracht. Es besteht eine Anbindung an den ÖPNV und es stehen insgesamt 14 Stellplätze für Pkw im Innenhof, sowie ein Fahrradständer zur Verfügung.

Beim Gebäude handelt es sich um ein massives Bauwerk, dessen Wärmedämmstandard noch dem aus der Gestehungszeit entspricht. Die Heizwärmeerzeugung erfolgt über einen Gas-Niedertemperaturkessel. Die Heizungsanlage soll in den kommenden Jahren ausgetauscht werden. Das Gebäude wird fortlaufend modernisiert, dennoch ist das Potenzial zur Energieeinsparung und -effizienz erheblich.

Für die Beschäftigten steht ein kleiner Besprechungsraum, ein Sozial- und mehrere Sanitäräume zur Verfügung.



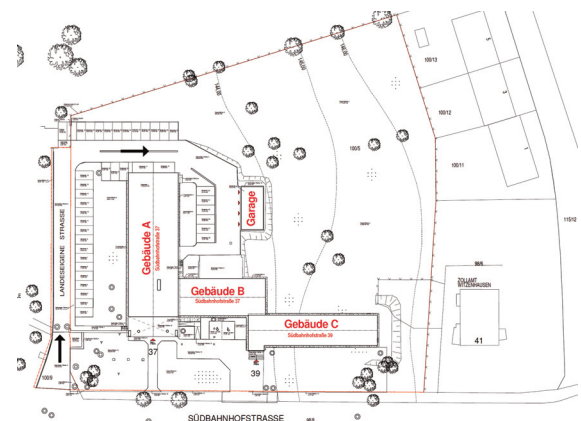
VERWALTUNGSSTELLE IN WITZENHAUSEN

Adresse Südbahnhofstraße 37
37213 Witzenhausen

Fläche 3.678m² BGF

Mitarbeiteranzahl 34 (VZÄ)

Das Gebäude in Witzenhausen wurde zwischen 1953 und 1955 erbaut. Die Beschäftigten sind auf einer Fläche von insgesamt 3.678m² untergebracht. Das Grundstück befindet sich in Stadtrandlage von Witzenhausen und ist verkehrstechnisch über die Südbahnhofstraße erschlossen. Es besteht eine gute Anbindung an den





ÖPNV und es stehen insgesamt 42 Stellplätze für Pkw und Fahrräder zur Verfügung.

Beim Gebäude handelt es sich um ein massives Bauwerk, dessen Wärmedämmstandard noch dem aus der Gestehungszeit entspricht. Im Jahr 2019 wurde ein energieeffizienter Gasbrennwertkessel eingebaut. Obwohl das Gebäude ständig modernisiert wird, ist aus baulicher Sicht das Potenzial zur Energieeinsparung und -effizienz weiterhin erheblich. Auf zwei Stockwerke verteilen sich Büros, ein Besprechungsraum und ein EDV-Schulungsraum, ein geräumiges Foyer, ein Sozialraum, eine Teeküche und Sanitärräume. Anlässlich des 6. Hessischen Tags der Nachhaltigkeit am 10. September 2020 wurde ein Stabahorn gepflanzt.

FINANZAMT KORBACH-FRANKENBERG

NACE-CODE: 84.11

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Das Finanzamt Korbach-Frankenberg nimmt für Steuerpflichtige im Landkreis Waldeck-Frankenberg folgende Aufgaben wahr:

- ▶ Festsetzung der Einkommensteuer (einschließlich Förderung des Wohneigentums), Lohnsteuer und der zumeist besser unter dem Namen „Mehrwertsteuer“ bekannten Umsatzsteuer
- ▶ Feststellung des Gewinns von Personengesellschaften und sonstigen Personenvereinigungen
- ▶ Festsetzung der Gewerbesteuermessbeträge, die den Gemeinden als Grundlage für die Festsetzung der Gewerbesteuer dienen
- ▶ Besteuerung und Steuerfreistellung von Vereinen
- ▶ Bewertung des Grundbesitzes, welche u.a. den Gemeinden als Grundlage für die Erhebung der Grundsteuer dient
- ▶ Betriebs- und Lohnsteuerprüfung
- ▶ Besteuerung von Körperschaften

VERWALTUNGSSTELLE IN KORBACH

Adresse Medebacher Landstraße 29
34497 Korbach

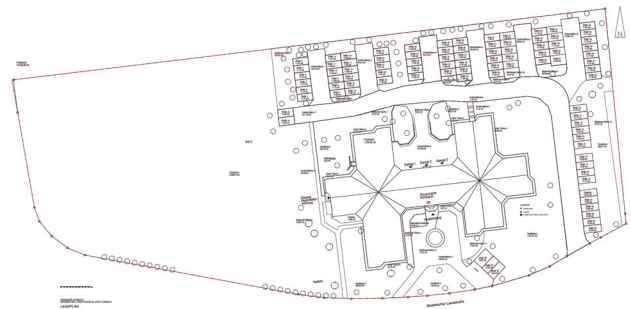
Fläche 7.522m² BGF

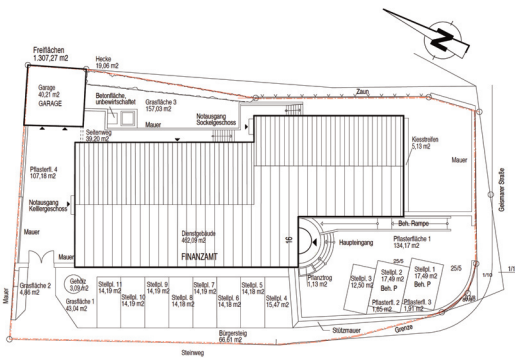
**Mitarbeiter-
anzahl** 130 (VZÄ)

Der Standort in Korbach umfasst ein 1984 errichtetes Gebäude in Stadtrandlage von Korbach. Hier sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf einer Bruttogrundfläche von insgesamt 7.522m² untergebracht. Das Grundstück ist verkehrstechnisch über die Medebacher Landstraße und den Südring erschlossen. Es besteht eine Anbindung an den ÖPNV. Beschäftigten sowie Besucherinnen und Besuchern stehen auf dem Grundstück einige Fahrradstellplätze und insgesamt 88 Stellplätze für Pkw zur Verfügung. Um das Gebäude herum befinden sich parkähnliche Grünflächen.

Die Gebäudehülle und die technische Ausstattung sind in einem nutzbaren aber energetisch unsanierten Zustand.

Im Gebäude stehen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mehrere Teeküchen, eine Kantine mit Frühstücksangebot sowie ein Raum für Angebote im Rahmen des behördlichen Gesundheitsmanagements zur Verfügung.





FINANZAMT FRANKENBERG
GEISMARER STRASSE 16, 35066 FRANKENBERG



VERWALTUNGSSTELLE IN FRANKENBERG

Adresse Geismarer Straße 16
35066 Frankenberg (Eder)

Fläche 2.461m² BGF

Mitarbeiteranzahl 52 (VZÄ)

Der Standort in Frankenberg umfasst ein 1953 erichtetes Gebäude in innenstädtischer Lage von Frankenberg. Die Beschäftigten sind auf einer Bruttogrundfläche von insgesamt 2.461m² untergebracht. Das Grundstück ist verkehrstechnisch von zwei Seiten erschlossen. Es besteht eine Anbindung an den ÖPNV. Bediensteten sowie Besucherinnen und Besuchern stehen auf dem Grundstück insgesamt 11 Stellplätze für Pkw zur Verfügung. Zwei davon sind Behindertenparkplätze. Fahrräder können in einer Garage sicher abgestellt werden. Zur Förderung eines umweltfreundlichen Pendelverkehrs mit dem Fahrrad wurde im Jahr 2021 außerdem eine Dusche für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingebaut. Als Sozialräume stehen den Beschäftigten zwei Teeküchen zur Verfügung.

Das Gebäude wurde im Zuge des CO₂-Minderungs- und Energieeffizienzprogramms der Hessischen Landesverwaltung (COME) von 2016 bis 2018 in mehreren Bauabschnitten grundlegend energetisch saniert.

NIEDERLASSUNG NORD DES LBIH

NACE-CODE: 84.11

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Als zentraler Bau- und Immobiliendienstleister des Landes Hessen nimmt der Landesbetrieb Bau und Immobilien Hessen eine Vielzahl unterschiedlicher

Aufgaben wahr. Dabei deckt die Niederlassung Nord den Bereich Nordhessen räumlich ab.

STANDORT KASSEL– LEUSCHNERSTRASSE 75

Adresse	Leuschnerstraße 75 34134 Kassel
Fläche	rd. 6.018m² BGF
Mitarbeiteranzahl	ca. 217 (VZÄ)

Bei dem Dienstgebäude in der Leuschnerstraße handelt es sich um ein ehemaliges Getreidesilo (Bodensilo) der Wehrmacht, das im Rahmen des Konversionsprojekts Quartier Magazinhof Kassel-Oberzwehren, von einem privaten Investor kernsaniert und in Büroräume mit zeitgemäßer Ausstattung umgewandelt wurde. Im Mai 2022 wurde das DGNB⁴-Zertifikat in Gold für nachhaltige Büro- und Verwaltungsgebäude vergeben. Außerdem ist das Gebäude nun barrierefrei durch einen neuen Aufzugsturm erschlossen.

Auf dem Grundstück stehen um das Gebäude 30 Stellplätze zur Verfügung (der LBIH nutzt das im Lageplan mit der Nr. 5 gekennzeichnete Gebäude). Weitere 70 Stellplätze befinden sich in einem Parkhaus auf dem Gelände. In diesem Parkhaus werden fünf Ladesäulen für E-Fahrzeuge für den LBIH angebracht. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können ihre Fahrräder und e-Bikes an barrierefreien Fahrradparkplätzen im Untergeschoss des Gebäudes sowie 12 Elektrotankstellen sicher abstellen und laden. Daneben stehen ihnen Duschen und Umkleidemöglichkeiten zur Verfügung. In jedem Geschoss mit Büronutzung befindet sich eine Teeküche für die Beschäftigten. Eine Verpflegungseinrichtung existiert aktuell noch nicht, ist aber zukünftig im südlichen Teil der Liegenschaft geplant.



Das neue Dienstgebäude wurde mit einer langjährigen Laufzeit durch den LBIH bzw. das Land Hessen angemietet. Die Verpflichtungen zum ordnungsgemäßen Gebäudebetrieb (u.a. Instandhaltung, Wartung) obliegen damit größtenteils dem Vermieter bzw. Eigentümer. Details zu den Aufgaben des LBIH als Mieter/Nutzer und die Eigentümergepflichtungen zur Gewährleistung eines dauerhaften, werterhaltenden und sicheren Gebäudebetriebs sind in den Mietvereinbarungen fixiert.

⁴ Deutsche Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen

UMWELTLEITLINIEN DER HESSISCHEN FINANZVERWALTUNG

In den nachfolgenden Leitlinien haben wir übergreifende Handlungsgrundsätze für eine nachhaltige Entwicklung im Geltungsbereich des Umweltmanagementsystems festgelegt. Wir kommunizieren diese an alle Beschäftigten über unser Intranet (MAP):

Das Land Hessen trägt bereits aktiv zum Klimaschutz durch die Reduktion von CO₂-Emissionen in den Bereichen Gebäude, Mobilität und durch nachhaltige Beschaffung bei. Ziel ist die „CO₂-neutrale Landesverwaltung bis 2030“. Die Initiative ist Teil der hessischen Nachhaltigkeitsstrategie.

Mit der Einführung von EMAS gehen wir die Verbesserung in weiteren Umweltaspekten systematisch an. Wir verpflichten uns, unsere Umweltleistungen kontinuierlich zu verbessern, Umweltbelastungen zu vermeiden und dabei die geltenden umweltrechtlichen Anforderungen einzuhalten.

Neben den Zielen der hessischen Nachhaltigkeitsstrategie und der Initiative „CO₂-neutrale Landesverwaltung 2030“ verfolgen wir noch weitere Grundsätze:

- ▶ Wir stärken das betriebliche Umweltmanagement in unserer Vorbildfunktion.
- ▶ Wir stärken das Bewusstsein für verantwortungsvolles, nachhaltiges Handeln gegenüber der Umwelt bei den Kolleginnen und Kollegen in der Finanzverwaltung sowie der Öffentlichkeit.
- ▶ In diesem Sinne verstärken wir den Blick auf das Nutzerverhalten, unsere Verwaltungsabläufe und direkten sowie indirekten Einflussmöglichkeiten durch Verwaltungsentscheidungen zur vermehrten Einsparung von Ressourcen.
- ▶ Wir sorgen für heimatnahe Arbeitsplätze, kurze Pendlerwege und klimafreundliche Mobilität.

Umweltschutz hat für uns eine sehr hohe Priorität: Mit ambitionierten Zielen und einem respektvollen und schonenden Umgang mit der Umwelt werden wir unserer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung und insbesondere der Verantwortung gegenüber nachfolgenden Generationen gerecht.

UMWELTZIELE UND -MAßNAHMEN

Im Sinne unserer Umweltleitlinien haben wir für den Geschäftsbereich strategische, mehrjährige Umweltziele bis zum Jahr 2030 festgelegt. Über den Status Quo der Zielerreichung berichtet das HMdF jährlich unter anderem in seiner CO₂-Bilanz⁵ und dem Energiebericht für die Landesverwaltung Hessen. Von den strategischen Zielen und in Übereinstimmung mit unseren bedeutenden Umweltaspekten und den sich daraus ergebenden Handlungsfeldern wurden wiederum übergeordnete, also standortübergreifende, operative Ziele abgeleitet und Maßnahmen getroffen. Manche

Ziele und Maßnahmen wirken sich dabei nicht nur auf die Umweltleistung der an EMAS beteiligten Dienststellen, sondern teilweise auf alle Dienststellen im Geschäftsbereich oder auch der Landesverwaltung aus. Welche Einflussmöglichkeiten das Ministerium hierbei hat und welche Strategien und Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltleistung im Einflussbereich verfolgt werden, ist näher ab Seite 64 beschrieben.

Jede EMAS-Dienststelle hat zudem ein dienststellen- und liegenschaftsspezifisches Umweltprogramm. Die Dienststellenziele liefern dabei einen Beitrag

zur Erreichung der standortübergreifenden Ziele. Alle Ziele und Maßnahmen werden mindestens einmal im Jahr bewertet und fortgeschrieben. Die Umsetzung dieser Ziele in die Praxis erfolgt durch Maßnahmen, die wir im Sinne einer kontinuier-

lichen Verbesserung des Umweltschutzes immer wieder neu planen. Den Stand bezüglich Planung und Umsetzung dokumentiert unser Umweltprogramm. Es enthält für jedes Handlungsfeld Maßnahmen, Termine und Verantwortliche.

STRATEGISCHE UMWELTZIELE

Unser Umweltprogramm umfasst folgende strategische Umweltziele:

STRATEGISCHES UMWELTZIEL	ZEITHORIZONT
Strategische Ziele des Landes Hessen	
CO₂-neutrale Landesverwaltung 2030⁶	dauerhaft
Nachhaltige Beschaffung	dauerhaft
Strategische Ziele im Geschäftsbereich des Hessischen Ministeriums der Finanzen	
Nachhaltiges und modernes Arbeitsumfeld	dauerhaft
Digitalisierung der Verwaltung	2030
Ausweitung der EMAS-Validierung auf weitere Standorte (zwei weitere Dienststellen)	2023
Integration von Umwelt- und Nachhaltigkeitsmanagement in die gesamten Prozesse der Finanzverwaltung	2025
Verbesserung der Effizienz und Zukunftsfähigkeit der Hessischen Steuerverwaltung (Projekt SMART)⁷	2017 - 2025

Mit dem Umweltmanagementsystem unterstützen wir die ressortübergreifenden Ziele des Landes Hessen – die CO₂-Neutralität bis 2030 und eine nachhaltige Beschaffung. Daneben zahlen wir auf die Strategien innerhalb des Geschäftsbereichs des Hessischen Ministeriums der Finanzen ein.

Diese Ziele erweitern wir um die Integration von Umwelt- und Nachhaltigkeitsmanagement in unsere gesamten Prozesse und die Ausweitung des EMAS-Geltungsbereichs. In diesem Sinne wurde das Ministerium selbst im Jahr 2022 in das Umweltmanagementsystem einbezogen.

⁶ <https://co2.hessen-nachhaltig.de/>

⁷ <https://www.land-hat-zukunft.de/arbeit-zu-den-menschen-bringen-hessen-buero.html>

OPERATIVE UMWELTZIELE ALLER EMAS-STANDORTE

Übergreifend über alle EMAS-Dienststellen verfolgen wir folgende operative Umweltziele:

BEREICH	ZIEL	MESSGRÖSSE	ZIELWERT	ZEITHORIZONT
Emissionen	CO ₂ -Neutralität in Bezug auf Heiz-/Kühlenergieverbräuche und Dienstreisen	CO _{2e}	0	2030
Kompetenz und Bewusstsein	Sensibilisierung der Beschäftigten für ein umweltschonendes Verhalten und Teilhabe am Umweltmanagement	Schulungen und Aktionen	Mindestens eine Aktion / Schulung pro Jahr	dauerhaft
Ressourcenverbrauch (Gebäudenutzung)	Reduzierung der Energie- und Wasserverbräuche und Ausbau von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien	Baulicher Zustand	Erreichbare Reduzierung der Verbräuche und Emissionsvermeidung gemäß Potentialanalyse	2030
Dienstreisen, Emissionen	Umstellung des dienstlichen Fuhrparks auf E-Fahrzeuge	E-Fahrzeugquote bei Neuanschaffungen	50%	Ab 2022
	Reduzierung der dienstlichen Reisetätigkeit	Reisekilometer je VZÄ pro Jahr	-5% bis -15% Vergleich zu 2019 (Finanzämter)	2025
	Reduzierung der Emissionen aus Dienstreisen	mit einem PKW (Verbrennungsmotor) zurückgelegte Strecke je VZÄ pro Jahr	-5% bis -15% Vergleich zu 2019 (Finanzämter)	2025
	Verbesserung der Datenqualität zur Auswertung der Reisetätigkeit	Vollständigkeit der Reisedaten	Auswertung über beantragte statt über abgerechnete Dienstreisen	2025
Pendelverkehr	Analyse und Reduzierung der Emissionen aus dem Pendelverkehr		Jährliche Analyse	dauerhaft
	Erhöhung der Qualität der Pendlerbefragung	Auswertbarkeit, einfache Bedienung	Nutzung eines digitalen Befragungstools	2023
Ressourcenverbrauch Digitalisierung	Reduzierung des Verbrauchs an Büropapier	Erhöhung der Teilnahmequote	65%	2023
		Blatt DIN A4 je VZÄ je Arbeitstag	12 (Finanzämter) 15 (LBIH / HMdF)	2025

Ab diesem Jahr ergänzt die Vorgabe, eine Quote von mindestens 50 % E-Fahrzeugen bei der Neuanschaffung von Dienstfahrzeugen zu erreichen, die bestehenden Umweltziele zur Verringerung der Umweltbelastungen durch Dienstreisen. Die Reduzierung der Reisen und der dabei entstehenden Emissionen werden als Ziele für die beiden Finanzämter zunächst fortgeschrieben. Zum Teil wurden diese Ziele im Jahr 2020 bereits erreicht. Die Reduktion ist wahrscheinlich auf die pandemiebedingten Einschränkungen zurückzuführen und die weitere Entwicklung aktuell nicht einschätzbar. Bei Normalisierung der Arbeitssituation erfolgt eine neue Analyse und Zielsetzung. Auch die Entwicklung der Reisetätigkeit der Beschäftigten im Ministerium und der Niederlassung des LBIH ist schwer einzuschätzen, sodass keine konkreten Ziele gesetzt werden können.

Beim Papierverbrauch bestand bei den Finanzämtern das Ziel, die Mengen pro Person pro Tag auf 15 Blatt DIN A4 bis 2025 und beim LBIH auf diese Menge bis 2030 zu reduzieren. Da diese Ziele bereits fast erreicht sind, wurden sie in der Höhe beziehungsweise zeitlich nachgeschärft.

Das Ziel zur Reduzierung des Abfallaufkommens besteht mangels Möglichkeit, die Mengen exakt zu ermitteln, nicht weiter. Der Fokus liegt auf einem guten Abfallmanagement, einer sichergestellten, sachgerechten Entsorgung und Maßnahmen zur Reduzierung des Abfallaufkommens.

Die EMAS-Dienststellen verfolgen entsprechend der Situation an den jeweiligen Standorten konkretisierte Umweltziele, mit deren Erreichung sie auf die übergreifenden Ziele einzahlen. Konkrete Zielwerte sind ab S. 28 im Zusammenhang mit der Entwicklung der jeweiligen Umweltauswirkungen und -daten beschrieben.

STATUS LAUFENDER MAßNAHMEN AUS DEN UMWELTPROGRAMMEN DER VORJAHRE

Im Folgenden ist der Status der in vergangenen Jahren für alle beteiligten Dienststellen übergreifend geplanten Maßnahmen dargestellt:

UMWELTZIEL	ZEITRAUM	MAßNAHME	STATUS
Förderung von Kompetenz und Bewusstsein der Beschäftigten	2022 ff.	Auflage eines Regelprozesses zur regelmäßigen Bereitstellung der Umweltdaten durch die datensammelnde Stelle im LBIH (sog. CC Energie) und möglichst quartalsweiser Aufbereitung für eine Kommunikation an alle Beschäftigten durch den LBIH	in Arbeit
	2022	Entwicklung zielgruppen- und tätigkeitsbezogener Informationsmaterialien zur Sensibilisierung für Umweltaspekte in den jeweiligen Prozessen	in Arbeit

UMWELTZIEL	ZEITRAUM	MAßNAHME	STATUS
Reduzierung der Energie- und Wasserverbräuche und Ausbau von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien	2022	<p>Aufstellen von Sanierungsfahrplänen für alle unsanierten Liegenschaften</p> <p>Umfangreiche Sanierung der Liegenschaften in Korbach, Eschwege und Witzenhausen; bis 2025 beziehungsweise 2026 sind in Planung</p>	in Arbeit
	2021 ff.	<p>Berücksichtigung der EMAS-Dienststellen bei Ausstattung mit Solar/PV-Anlagen im Rahmen des Programms „COME-Solar“</p> <ul style="list-style-type: none"> - Errichtung einer Photovoltaikanlage in Witzenhausen in 2023 - Planung zur Ausstattung der Liegenschaften in Korbach und Eschwege 	in Arbeit
	2020 ff.	<p>Neue Raumkonzepte für die Dienststellen im Geschäftsbereich: Bei Neuunterbringungen und wesentlichen Umbaumaßnahmen soll das Raumkonzept „MultiSpace“ verwirklicht werden, das durch die Möglichkeit flexibler Raumnutzung zu einer nachhaltigen Flächennutzung beiträgt</p> <ul style="list-style-type: none"> - Umsetzung in Finanzämtern Eschwege-Witzenhausen und Korbach-Frankenberg bis 2025 - Einführung von (teilweisem) Desk-Sharing im HMdF in 2022 	laufend
Reduzierung der Emissionen aus Dienstreisen	2025	Alle Liegenschaften sollen bedarfsgerecht mit E-Ladestationen ausgestattet werden (Projekt COME-Mobilität); in Arbeit	in Arbeit
	2021-2024	<p>Erweiterung des eLearning-Angebots</p> <p>Meilenstein: Einführung eines Learning Management Systems in 2023</p>	in Arbeit

UMWELTZIEL	ZEITRAUM	MAßNAHME	STATUS
Verbesserung der Datenqualität zur Auswertung der Reisetätigkeit	2022	Weitergabe der Anforderung zur Auswertbarkeit von Dienstreiseanträgen an landesinternen SAP-Dienstleister	in Arbeit
Analyse des Pendelverhaltens und Reduzierung der durch den Pendelverkehr entstehenden Emissionen	2021/21 ff.	Ergebnis einer Arbeitsgruppe: Pilotierung einer neuen Dienstvereinbarung, die unter anderem die Möglichkeit von Homeoffice oder mobiler Arbeit bis zu 50 % der Arbeitszeit vorsieht	umgesetzt
	2022 ff.	Jährliche Analyse des Pendelverhaltens - im Jahr 2022 aufgrund pandemiebedingter Ausnahmesituation nicht durchgeführt	laufend
	2022 ff.	Nutzung eines Online-Befragungstools und Verbesserung der Qualität und Bewerbung der Umfrage. Stand: Ausschreibung für Befragungstool wird im Ministerium zentral vorbereitet	in Arbeit
	2021-2024	Das LandesTicket für alle Beschäftigten des Landes Hessen ermöglicht die kostenfreie Nutzung des ÖPNV auch für private Wege	umgesetzt, laufend
Reduzierung des Papierverbrauchs	Ab 2022	Flächendeckender Rollout einer IT-Anwendung zur Beantragung von Urlaub und Dienstreisen	umgesetzt

MAßNAHMEN AUS DEM UMWELTPROGRAMM 2022

Im Jahr 2022 wurden folgende weitere übergreifende Maßnahmen in das Umweltprogramm aufgenommen:

UMWELTZIEL	ZEITRAUM	MAßNAHME	STATUS
Förderung von Kompetenz und Bewusstsein der Beschäftigten	2021 ff.	Schulungen zur Mitarbeitersensibilisierung: - Mitarbeiterschulung im Ministerium zur Einführung von EMAS im Mai 2022 - E-Learning zu energiesparendem Nutzerverhalten der CO ₂ -neutralen Landesverwaltung	umgesetzt
	2021 ff.	Bewerbung und Teilnahme an verschiedenen Umwelt-/Nachhaltigkeitsaktionen (z.B. Stadtradeln, Klimafasten)	umgesetzt
	2022	Aktionen rund um den Hessischen Tag der Nachhaltigkeit am 29. September 2022: Alle EMAS-Dienststellen und viele weitere im Geschäftsbereich beteiligten sich mit Aktionen und Veranstaltungen rund um das Thema „Energiesparen“	umgesetzt
	2023	Angebot eines Wandkalenders für alle Beschäftigten im Geschäftsbereich zum Thema „365 Tage Nachhaltigkeit. für eine lebenswerte Zukunft“	umgesetzt
Nachhaltiges Bauen und Betreiben	ab 2022	Vorgabe zum nachhaltigen Bauen im Geschäftsbereich: Bei Neubauten und geeigneten Sanierungsmaßnahmen ist, wo sinnvoll, BNB-Qualitätsniveau Silber oder vergleichbare Standards zu erreichen	umgesetzt
Verringerung der Umweltbelastungen durch Dienstreisen	2022	Merkblatt und Hinweise an alle Beschäftigten im Ressort wie dienstliche Treffen und Reisen nachhaltig gestaltet werden können	umgesetzt
	2025	Einhaltung einer 50 % E-Fahrzeug-Quote bei Neubeschaffung von Dienstwagen	laufend
Verringerung der Umweltbelastungen durch Pendelverkehr	bis 2030	Kostenfreie Lademöglichkeit des privaten E-Pkw an landeseigenen Ladesäulen	laufend (nach Errichtung von Ladesäulen)

Weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltleistung, die einzelne Standorte betreffen, sind ab Seite 28 im Zusammenhang mit der

Entwicklung der jeweiligen Umweltauswirkungen und -daten und ab Seite 62 beschrieben.

ZIELE UND MAßNAHMEN ZUR VORBEUGUNG EINER ENERGIEKRISE

In diesem Jahr galt es, neben den laufenden Zielen und Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltleistung auch auf die Folgen des Angriffskrieges auf die Ukraine zu reagieren. Um mit gutem Beispiel voranzugehen und die zur Vorbeugung einer Gasmangellage notwendige Einsparung von Energie zu erreichen, hat die Landesverwaltung über vorhandene Energiesparprogramme hinausgehende Ziele gesetzt und Maßnahmen zur Vorsorge getroffen. Ziel ist, über alle Liegenschaften der Landesverwaltung hinweg in der Heizperiode 2022/2023 15% Heizenergie und 5% Strom einzusparen. Das Energiesparpaket umfasst kurz- und mittelfristige Maßnahmen, die durch einen gemeinsamen Runderlass eingeführt wurden (s. hierzu auch S. 68 Abschnitt „Gemeinsamer Runderlass“).

Zum einen werden die Vorgaben der Verordnung zur Umsetzung kurzfristiger Energiesparmaßnahmen der Bundesregierung umgesetzt:

- ▶ Anpassung der Höchsttemperatur in der Heizperiode, unter anderem:
 - 19°C Bürotemperatur für körperlich leichte und überwiegend sitzende Tätigkeit
 - Keine Beheizung von Gemeinschaftsflächen wie Fluren, Treppenhäusern, Eingangshallen, Technik- und Lagerräumen
- ▶ Abschalten von Durchlauferhitzern und, soweit möglich, dezentralen Warmwasserspeichern für das Händewaschen.
- ▶ Abschalten der Außenbeleuchtung, wenn sie nicht aufgrund der Verkehrssicherheit oder zur Abwehr anderer Gefahren erforderlich ist.

Darüber hinaus gibt es in dem gemeinsamen Runderlass Temperaturvorgaben für weitere Räume, (zum Beispiel 21°C in Pausenräumen, Kantinen, Wasch- und Umkleieräumen), die nicht in der oben genannten Bundesverordnung erfasst wurden.

Zur Erfolgskontrolle werden die Energieverbräuche regelmäßig erfasst und ausgewertet.

Um weitere (mittelfristige) Energiesparpotenziale zu finden, wird in jeder Liegenschaft ein „Gebäude-Energiespar-Check“ durchgeführt.

UMWELTMANAGEMENTSYSTEM

EMAS bietet die Chance, ein validiertes betriebliches Umweltmanagementsystem zu implementieren. Das bedeutet für uns nichts anderes als eine konsequente und systematische Optimierung unserer Organisation und die langfristige Verknüpfung von Umweltschutz, Nachhaltigkeit, Qualität und Wirtschaftlichkeit in unseren Arbeitsabläufen.

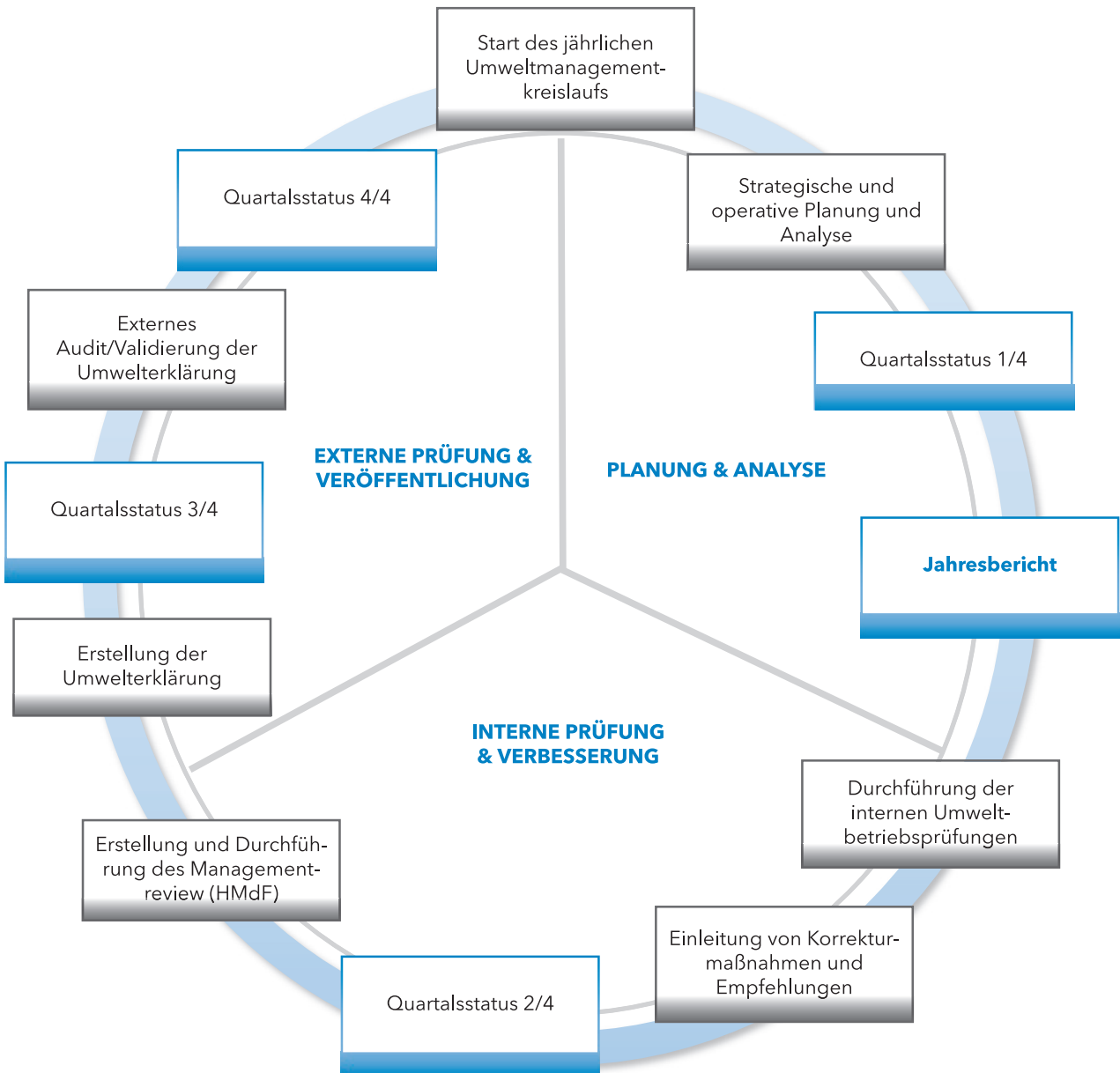
Zentrale Umweltmanagementaufgaben und die übergreifende Koordination im Rahmen von EMAS übernimmt das Referat I 13 des HMdF (Arbeitsbereich „Strategisches Nachhaltigkeitsmanagement“). Weitere relevante Bereiche auf der oberen und mittleren Finanzverwaltungsebene werden im Rahmen ihrer Linienzuständigkeit beteiligt sowie über verschiedene zusätzliche Austauschformate in den Prozess eingebunden. Hierzu gehört insbesondere die LBIH Zentrale, die Ansprechpersonen für bauliche und gebäudetechnische Fragen, bindende Verpflichtungen im Bau und Gebäudebetrieb und für die Umweltdatenerfassung stellt.

Zur Umsetzung der dezentralen Anforderungen sind örtliche Umweltbeauftragte in den EMAS-Dienststellen benannt, die zur Unterstützung vor Ort ein Umweltteam bilden können. Um langfristig ein systematisches Vorgehen sicherzustellen, wurden die Verantwortlichkeiten und die Regelungen, die im Rahmen der Einführung des Umweltmanagementsystems festgelegt wurden, in einem Umweltmanagementhandbuch niedergeschrieben.

Im einjährigen Management- und Planungszyklus werden mindestens jährlich der Kontext, interessierte Parteien, Chancen und Risiken sowie die Umweltaspekte und bindenden Verpflichtungen analysiert und bei bestehendem Einfluss Ziele und Maßnahmen aktualisiert beziehungsweise neu festgelegt. Anschließend finden interne Umweltbetriebsprüfungen (interne Audits) und das Managementreview statt, aus deren Ergebnissen

Korrekturmaßnahmen abgeleitet werden. Begleitet werden die Prozessbestandteile durch regelmäßige Berichte und Austauschformate zwischen den örtlichen Umweltbeauftragten, der LBIH Zentrale und dem strategischen Nachhaltigkeitsmanagement im HMdF. Diese Formate dienen der Strukturierung innerhalb der Verwaltungsstruktur, dem kontinuierlichen Informationsaustausch zu den Verbesserungsmaßnahmen, der regelmäßigen Analyse der Umweltauswirkungen und der Aktualisierung und Freigabe der Managementdokumentation.

UMWELTMANAGEMENTKREISLAUF



- Berichte/Workshops
- Umsetzung UMS-Anforderungen

UMWELTASPEKTE

Umweltaspekte sind Aspekte unserer Tätigkeiten, die positive oder negative Auswirkungen auf die Umwelt haben. Grundsätzlich unterscheiden wir zwischen direkten und indirekten Umweltaspekten. Bei den direkten Umweltaspekten handelt es sich etwa um Emissionen, Abfallaufkommen oder den Papierverbrauch. Sie entstehen als unmittelbare Folge der Tätigkeiten am Standort und können von uns selbst kontrolliert und beeinflusst werden. Indirekte Umweltaspekte entstehen mittelbar durch unsere Tätigkeiten, ohne dass wir die vollständige Kontrolle darüber haben. Indirekte

Umweltaspekte entstehen zum Beispiel durch dienstliche Mobilität oder die Beschaffung von Produkten.

Entscheidend ist, dass alle wesentlichen Umweltaspekte erfasst und bewertet werden. Die Beurteilung der Wesentlichkeit erfolgt jährlich durch die örtlichen Umweltbeauftragten und Umweltteams beziehungsweise durch die zuständigen Fachreferate im HMdF und wird durch die Verantwortlichen des strategischen Nachhaltigkeitsmanagements des HMdF dokumentiert.

BEWERTUNG DER UMWELTASPEKTE

Zur Bewertung der Umweltaspekte arbeiten wir mit folgenden Bewertungskriterien:

A = Besonders bedeutender Umweltaspekt von hoher Handlungsrelevanz,

B = Umweltaspekt mit durchschnittlicher Bedeutung und Handlungsrelevanz,

C = Umweltaspekt mit geringer Bedeutung und Handlungsrelevanz.

Als Ergebnis der dreidimensionalen Bewertung werden die Umweltaspekte in drei Kategorien eingeteilt (siehe grüner Bereich in Tabelle):

Quantitative Bedeutung	Prognostizierte zukünftige Entwicklung	Gefährdungspotenzial / Bewertung des Umweltaspektes		
		hoch (A)	durchschnittlich (B)	gering (C)
hoch (A)	zunehmend (A)	A	A	B
	stagnierend (B)	A	B	B
	abnehmend (C)	B	B	B
durchschnittlich (B)	zunehmend (A)	A	B	B
	stagnierend (B)	B	C	C
	abnehmend (C)	B	C	C
gering (C)	zunehmend (A)	B	B	B
	stagnierend (B)	B	C	C
	abnehmend (C)	B	C	C

Nach der Einstufung der Umweltaspekte in diese Kategorien werden die Umweltaspekte im Hinblick auf die Einflussmöglichkeit bewertet. Hierfür werden zusätzlich folgende Kategorien herangezogen:

- I Auch kurzfristig ist ein relativ großes Steuerungspotenzial vorhanden.**
- II Der Umweltaspekt ist nachhaltig zu steuern, jedoch erst mittel- bis langfristig.**
- III Steuerungsmöglichkeiten sind für diesen Umweltaspekt nicht, nur sehr langfristig oder nur in Abhängigkeit von Entscheidungen Dritter gegeben.**

Alle Umweltaspekte sind mit diesem Schema bewertet, um ihre Umweltrelevanz und den Handlungsbedarf zu ermitteln. Ein Umweltaspekt, der etwa mit A und I bewertet wird, ist ein besonders bedeutender Umweltaspekt von hoher Handlungsrelevanz, bei dem auch kurzfristig ein relativ großes Steuerungspotenzial vorhanden ist. Das heißt, dass für diesen Umweltaspekt vorrangig eine Verbesserungsmaßnahme gesucht wird, die auch kurzfristig umgesetzt wird.

Die sieben Liegenschaften fallen unter die Kategorie „Büro-/Verwaltungsgebäude“, in denen jeweils ähnlichen Tätigkeiten einer öffentlichen Verwaltung ausgeführt werden. Dementsprechend wurde bei der Ermittlung und Bewertung das branchenspe-

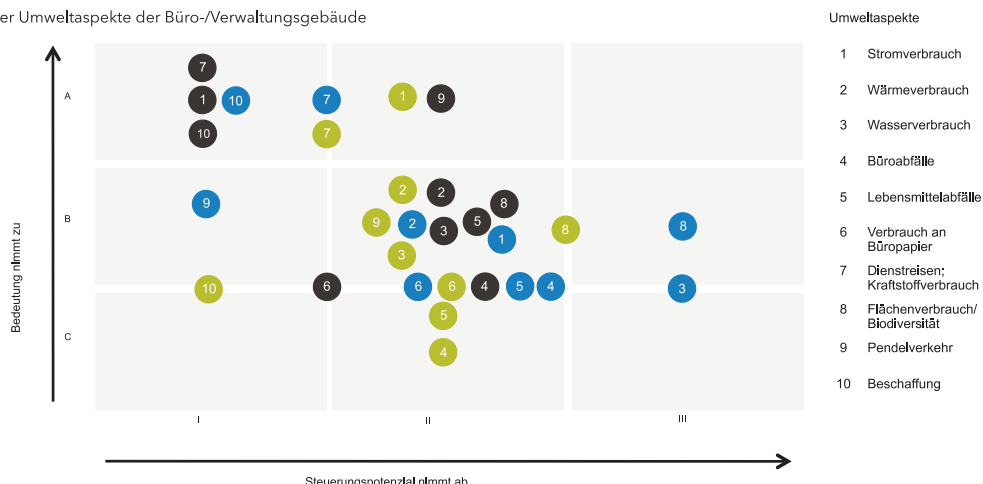
zifische Referenzdokument der Europäischen Union für die öffentliche Verwaltung berücksichtigt.

Bedeutende direkte Umweltaspekte der Büro-/Verwaltungsgebäude sind insbesondere der Energieverbrauch zur Unterhaltung der Büros, abhängig vom jeweiligen Sanierungsstand der Gebäude, sowie Dienstreisen im Inland. Als bedeutend wurde bislang auch der Verbrauch an Büropapier eingestuft. Dieser hat sich in den letzten beiden Jahren stark reduziert. Hierzu haben diverse Digitalisierungsmaßnahmen, vor allem aber auch Maßnahmen zur Sensibilisierung, wie eine Papierspar-Challenge beigetragen. Die Bedeutung dieses Aspekts hat sich daher verringert. Relevante Verbrauchsdaten und der Umgang mit den direkten Umweltaspekten in den beteiligten Standorten sind ab S. 28 beschrieben.

Bedeutende indirekte Aspekte sind zum Beispiel die Mobilität der Beschäftigten oder die Beschaffung von Produkten und Dienstleistungen. Besondere indirekte Umweltaspekte, die mit dem Einflussbereich und den Tätigkeiten des HmDf und des LBIH zusammenhängen, sind ab S. 62 mit ihrer Bewertung und Steuerung näher beschrieben.

Die für alle EMAS-Dienststellen und Liegenschaften relevanten direkten und indirekten Umweltaspekte und deren Bewertung sind in der nachfolgenden Matrix dargestellt.

Abbildung: Bewertung der Umweltaspekte der Büro-/Verwaltungsgebäude



BESCHREIBUNG DER BEDEUTENDEN DIREKTEN UMWELTASPEKTE, UMWELTRELEVANTER VERBRAUCHSDATEN UND MAßNAHMEN

Im Folgenden werden die relevanten Verbrauchsdaten und spezifischen Maßnahmen der jeweiligen EMAS-Dienststellen, soweit möglich und aufschlussreich liegenschaftsbezogen, dargestellt. Die Gesamtverbrauchsdaten werden zudem je nach Aussagekraft ins Verhältnis zu der Beschäftigtenzahl in Vollzeit-äquivalenten (VZÄ) der Dienststellen beziehungsweise der Liegenschaft oder der Bruttogrundfläche (BGF) zur Interpretation gestellt. Sofern vorhanden, werden die jeweiligen Verbrauchsdaten mit dem Leistungsrichtwert im Referenzdokument der EU für öffentliche Verwaltungen (Beschluss EU 2019/61) verglichen.

Zur besseren Lesbarkeit wurden alle Angaben auf volle Zahlen oder eine Nachkommastelle gerundet.

BESCHÄFTIGTE UND FLÄCHEN

Hessisches Ministerium der Finanzen

Beschäftigte und Flächen		Einheit	2019	2020	2021	Veränderung zum Vorjahr
Gesamt	Personal	VZÄ	340,0	340,4	358,4	+5,3%
Bestandsgebäude	Personal	VZÄ	227,4	234,2	242,0	+3,3%
	BGF	m ²	12.262	12.262	12.262	-
Garagenbau	BGF	m ²	772	772	772	-
Erweiterungsbau	Personal	VZÄ	112,5	106,2	116,4	+9,6%
	BGF	m ²	5.227	5.227	5.227	-

Die Beschäftigtenzahl im Ministerium ist in den letzten drei Jahren leicht angestiegen.

Finanzamt Eschwege-Witzenhausen

Beschäftigte und Flächen		Einheit	2019	2020	2021	Veränderung zum Vorjahr
Gesamt	Personal	VZÄ	98,1	99,6	116,7	+17,1%
Eschwege, Schlesienstraße	Personal	VZÄ	47,5	48,5	57,1	+17,7%
	BGF	m ²	3.233	3.233	3.233	-
Eschwege, Max-Woelm-Straße	Personal	VZÄ	25,1	24,4	25,5	+4,8%
	BGF	m ²	1.682	1.682	1.682	-
Witzenhausen, Südbahnhofstraße	Personal	VZÄ	25,5	26,7	33,8	+26,6%
	BGF	m ²	3.678	3.678	3.678	-

Finanzamt Korbach-Frankenberg

Beschäftigte und Flächen		Einheit	2019	2020	2021	Veränderung zum Vorjahr
Gesamt	Personal	VZÄ	168,3	172,8	182,3	+5,5%
Korbach	Personal	VZÄ	135,8	118,0 ⁸	130,1	+10,3%
	BGF	m ²	7.522	7.522	7.522	-
Frankenberg	Personal	VZÄ	32,5	54,8	52,2	-4,7%
	BGF	m ²	2.461	2.461	2.461	-

Die Anzahl der Beschäftigten der Finanzämter Eschwege-Witzenhausen und Korbach-Frankenberg stieg in den letzten Jahren schrittweise an. Im Jahr 2021 war vor allem im Finanzamt Eschwege-Witzenhausen ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen. Grund hierfür ist zum einen ein Stellenzuwachs

durch die Verlagerung der Einkommensteuerveranlagung aus Frankfurt in die beiden Finanzämter in Nordhessen. Zudem sind die Zuwächse auf eine hohe Anzahl an Einstellungen von Anwärtinnen und Anwärtern für das duale Studium und die duale Ausbildung im Finanzamt zurückzuführen.

⁸ Korrektur: Im Vorjahr wurden versehentlich Köpfe statt VZÄ angesetzt.

Die Nachwuchskräfte verbringen etwa die Hälfte ihres dualen Studiums oder ihrer dualen Ausbildung im Studienzentrum beziehungsweise der Landesfinanzschule in Rotenburg an der Fulda. Um aussagekräftige Kennzahlen zu ermitteln, werden sie nur in Höhe des Praxiszeitanteils in den Personalzahlen berücksichtigt.

Bis zum Jahr 2025 sind die beiden Finanzämter wesentlich von Strukturmaßnahmen innerhalb der hessischen Steuerverwaltung betroffen. Diese Maßnahmen sind mit einem deutlichen Zuwachs an Personal und baulichen Maßnahmen - vor allem bei den bislang noch nicht sanierten Gebäuden - verbunden.

Niederlassung Nord des LBIH-Standort Leuschnerstraße, Kassel

Beschäftigte und Flächen		Einheit	2019	2020	2021	Veränderung zum Vorjahr
Leuschnerstraße (Nov. und Dez.)	Personal			212,8	217,1	+2,0%
	ohne Haus- handwerker und Reinigungs- kräfte	VZÄ	-	159,8 ⁹	160,9	+0,7%
	BGF	m ²	-	6.018	6.018	-

Ende 2020 wurden alle drei Standorte des LBIH im Bereich der Stadt Kassel an einem neuen, gemeinsamen Standort in der Leuschnerstraße zusammengefasst. Für die Analyse der Umweltdaten des Standorts ist sowohl die gesamte Personalzahl als auch die Personalzahl ohne die dem Standort zugeordneten Haushandwerker und Reinigungs-

kräfte relevant. Haushandwerker und Reinigungskräfte üben ihre Tätigkeit fast ausschließlich an anderen Standorten aus. Sie werden daher bei Kennzahlen zu gebäudebezogenen Verbrauchsdaten, Abfall- und Papierverbrauchsmengen nicht einbezogen.

ENERGIE

Das Land Hessen hat im Jahr 2009 begonnen, seinen Strombezug auf Ökostrom aus Wasserkraftwerken umzustellen. In allen EMAS-Dienststellen wird zu 100% Ökostrom bezogen.

Wärmeenergie wird in den verschiedenen Liegenschaften aus unterschiedlichen Quellen bezogen (s. Beschreibung unter den jeweiligen Daten). Es ist dabei die erklärte Absicht des Landes nach Möglichkeit Fern- oder Nahwärme mit einem möglichst niedrigen Primärenergiefaktor zu nutzen und wo möglich auf regenerative Energieträger umzustellen.

Für alle Liegenschaften besteht mit Blick auf die Nutzung der Gebäude das Ziel, die Strom- und witterungsbereinigten Wärmeenergieverbräuche um langfristig jeweils 5% (Strom je VZÄ, Wärme je m²) - unabhängig von etwaigen baulichen Maßnahmen - zu verringern. Die Stromverbräuche haben im Jahr 2021 in allen Liegenschaften die Zielwerte unterschritten, wahrscheinlich aufgrund der pandemiebedingt geringen Präsenz der Beschäftigten im Büro. Es ist davon auszugehen, dass die Stromverbräuche langfristig auf einem niedrigeren Niveau bleiben, da die Beschäftigten

aufgrund einer geänderten Dienstanweisung auch nach der Pandemie vermehrt mobil oder im Homeoffice arbeiten können.

In der Heizperiode 2022 / 2023 besteht zur Vorbeugung einer Gasmangellage das Ziel, verglichen mit den Verbräuchen im Jahr 2021 die Stromverbräuche um 5% zu verringern und 15% an Heizenergie einzusparen.

Bei allen betrachteten Liegenschaften liegt der Energieaufwand für Strom und Heizung unterhalb des Leistungsrichtwerts für Bestandsgebäude laut Referenzdokument der EU für öffentliche Verwaltungen von 100 kWh je m² pro Jahr.

Die Datengrundlage wurde für die letzten drei Jahre von Werten aus Rechnungen der Versorger auf interne Ablesedaten umgestellt, sodass sich bei den bestehenden EMAS-Liegenschaften Änderungen zur letzten Umwelterklärung ergeben. Hintergrund ist unter anderem, dass sich herausstellte, dass insbesondere in der Pandemie viele Versorger Verbrauchsschätzungen vorgenommen und in Rechnung gestellt haben. Die bereits seit Jahren erfolgende monatliche Ablesung bietet daher die genauere Datengrundlage.

Hessisches Ministerium der Finanzen

Energie		Einheit	2019	2020	2021	Veränderung zum Vorjahr
Bestandsgebäude und Garagenbau						
Strom (nur Gebäudebetrieb)	Verbrauch	kWh	302.379	292.391	296.488	+1,4%
	Je VZÄ	kWh	1.329,6	1.248,7	1.225,3	-1,9%
	Je m ² BGF	kWh	23,2	22,4	22,7	+1,4%
Wärme	Gas	kWh	794.700	782.500	773.840	-1,1%
	Holzpellets	kWh	75.580	65.130	71.810	+14,1%
	Verbrauch gesamt	kWh	870.280	847.630	845.650	-0,2%
	Je VZÄ	kWh	3.826,7	3.620,0	3.494,8	-3,5%
	Je m ² BGF	kWh	66,8	65,0	64,9	-0,2%

Energie		Einheit	2019	2020	2021	Veränderung zum Vorjahr
Wärmeenergieverbrauch witterungsbereinigt	Gesamt	kWh	1.105.256	1.152.777	980.954	-14,9%
	Je m ² BGF	kWh	84,8	88,4	75,3	-14,9%
Erweiterungsbau						
Strom (nur Gebäudebetrieb)	Verbrauch	kWh	177.341	176.248	166.531	-4,7%
	Je VZÄ	kWh	1.554,6	1.647,2	1.432,4	-13,0%
	Je m ² BGF	kWh	33,5	33,5	31,9	-4,7%
Wärme	Verbrauch	kWh	62.420	61.220	78.740	+28,6%
	Je VZÄ	kWh	554,6	576,5	676,5	+17,4%
	Je m ² BGF	kWh	11,9	11,7	15,1	+28,6%
Wärmeenergieverbrauch witterungsbereinigt	Gesamt	kWh	79.273	83.259	91.338	+9,7%
	Je m ² BGF	kWh	15,2	15,9	17,5	+9,7%
Hessisches Ministerium der Finanzen gesamt						
(Dienst-) Kraftfahrzeuge (Fossile Brennstoffe)		kWh	155.001	75.293	65.765	-12,7%
(Dienst-) Kraftfahrzeuge (Stromverbrauch)		kWh	378	3.204	2.997	-6,5%
Private E-Fahrzeuge von Beschäftigten/Gästen		kWh	6.584	8.819	11.955	+35,6%
Energieverbrauch (gesamt)	Gesamt	kWh	1.571.996	1.463.491	1.468.319	+0,3%
	Je VZÄ	kWh	4.624,0	4.299,9	4.097,3	-4,7%
Davon Verbrauch erneuerbarer Energien	Gesamt	kWh	559.875	544.478	549.974	+1,0%
	Je VZÄ	kWh	1.646,9	1.599,7	1.534,7	-4,1%
Erzeugung erneuerbarer Energien	Gesamt	kWh	74.320	72.360	68.960	-4,7%
	Je VZÄ	kWh	218,6	212,6	192,5	-9,5%

Die verbrauchte Wärmeenergie (witterungsbereit) schwankte in den Gebäudeteilen in den letzten Jahren leicht. Gründe hierfür konnten auch nach Rücksprache mit den Haustechnikern nicht gefunden werden. Die Stromverbräuche haben sich bezogen auf die Beschäftigtenzahl im Bestandsgebäude leicht und Erweiterungsbau deutlicher verringert. Dies ist wahrscheinlich auf die geringere Präsenz der Beschäftigten zur Eindämmung der Pandemie zurückzuführen.

Die Wärmeversorgung des Erweiterungs- und Bestandsgebäudes erfolgt durch zwei erdgasversorgte Heizkessel mit jeweils 295 kW Leistung. Sie sind in der Technikzentrale des Bestandsgebäudes installiert. Zur Steigerung der Energieeffizienz ist zusätzlich ein Abgaswärmetauscher zur Abgasrückgewinnung mit 32 kW Leistung installiert. Das Bestandsgebäude wird direkt durch die beiden Heizkessel und der Erweiterungsbau ausschließlich durch die rückgewonnene Abwärme der Heizkessel versorgt. Der Garagenbau wird mit einer Pelletheizung versorgt.

Der Erweiterungsbau des Ministeriums ist als Passivhaus errichtet worden. Er benötigt nur eine geringe aktive Beheizung von jährlich weniger als 15 kWh pro m². Ziel ist es, diesen Wert dauerhaft zu unterschreiten. Heizung und Kühlung sämtlicher Räume erfolgen über Flächensysteme. Dies geschieht hauptsächlich mittels Betonkernaktivierung, die in besonderen Fällen durch aktivierbare Wandflächen ergänzt wird. Die Energieeffizienz wird zusätzlich durch eine Lüftungsanlage mit Wär-

merückgewinnung verbessert. Ein außenliegender Sonnenschutz gewährleistet den sommerlichen Wärmeschutz. Der innenliegende Blendschutz und die adaptierte energieeffiziente LED-Beleuchtung ergänzen die Anforderungen an einen modernen Arbeitsplatz. Auf dem Dach des Erweiterungsbaus befindet sich eine Photovoltaikanlage, die im Jahr 2018 in Betrieb genommen wurde. Die Leistung der Anlage beträgt 72 kWp. Der Strom wird vor allem intern verbraucht und der Überschuss eingespeist.

Das Bestandsgebäude ist ein Altbau an dem bislang aus Gründen des Denkmalschutzes auf eine Wärmedämmung und die Errichtung einer Photovoltaikanlage verzichtet wurde. Einzelne energetische Sanierungsmaßnahmen wurden dennoch vorgenommen, wie etwa die Sanierung der abgängigen Fenster durch neue gleicher Bauart und das Ergänzen eines außenliegenden textilen Sonnenschutzes im Jahr 1999. Außerdem wurde bei der Sanierung der zentralen Lüftungsanlage im Jahr 2011 eine Außenluftansaugung realisiert. Ziel ist, neben der Einsparung von 15% des Gasverbrauchs in der Heizperiode 2022/2023 den Verbrauch mittelfristig um mindestens 5% durch energiesparendes Nutzerverhalten zu senken. Zur Verringerung des Stromverbrauchs durch Beleuchtung wurde bereits die Umstellung auf LED-Beleuchtung und der Einbau weiterer Bewegungsmelder forciert. Die Cafeteria im Altbau wurde mit LED ausgestattet, weitere Umstellungen konnten noch nicht realisiert werden.

Energie		Einheit	2019	2020	2021	Veränderung zum Vorjahr
Schlesienstraße, Eschwege						
Strom	Verbrauch	kWh	45.150	41.753	41.001	-1,8%
	Je VZÄ	kWh	950,2	860,2	717,8	-16,6%
	Je m ² BGF	kWh	14,0	12,9	12,7	-1,8%
Wärme	Verbrauch	kWh	128.150	129.600	147.170	+13,6%
	Je VZÄ	kWh	2.696,8	2.670,1	2.576,5	-3,5%
	Je m ² BGF	kWh	39,6	40,1	45,5	+13,6%
Wärmeenergieverbrauch witterungsbereinigt	Gesamt	kWh	143.528	150.336	150.113	-0,2%
	Je m ² BGF	kWh	44,4	46,5	46,4	-0,2%
Energieverbrauch (ohne Kfz)	Gesamt	kWh	173.300	171.353	188.171	+9,8%
	Je VZÄ	kWh	3.647,0	3.530,4	3.294,3	-6,7%
Verbrauch erneuerbarer Energien	Gesamt	kWh	45.150	41.753	41.001	-1,8%
	Je VZÄ	kWh	950,2	860,2	717,8	-16,6%
Erzeugung erneuerbarer Energien	Gesamt	kWh	-	-	-	-
	Je VZÄ	kWh	-	-	-	-
Max-Woelm-Straße, Eschwege						
Strom	Verbrauch	kWh	17.929	15.364	12.124	-21,1%
	Je VZÄ	kWh	715,6	630,5	474,6	-24,7%
	Je m ² BGF	kWh	10,7	9,1	7,2	-21,1%
Wärme	Verbrauch	kWh	119.220	98.880	114.610	+15,9%
	Je VZÄ	kWh	4.758,5	4.057,7	4.486,8	+10,6%
	Je m ² BGF	kWh	70,9	58,8	68,1	+15,9%
Wärmeenergieverbrauch witterungsbereinigt	Gesamt	kWh	133.526	114.701	116.902	+1,9%
	Je m ² BGF	kWh	79,4	68,2	69,5	+1,9%
Energieverbrauch (ohne Kfz)	Gesamt	kWh	137.149	114.244	129.848	+13,7%
	Je VZÄ	kWh	5.474,1	4.688,2	5.083,3	+8,4%
Verbrauch erneuerbarer Energien	Gesamt	kWh	17.929	15.364	15.238	-0,8%
	Je VZÄ	kWh	715,6	630,5	596,5	-5,4%
Erzeugung erneuerbarer Energien	Gesamt	kWh	-	-	-	-
	Je VZÄ	kWh	-	-	-	-

Energie		Einheit	2019	2020	2021	Veränderung zum Vorjahr
Südbahnhofstraße, Witzenhausen						
Strom	Verbrauch	kWh	35.469	31.319	32.503	+3,8%
	Je VZÄ	kWh	1.389,9	1.172,0	960,6	-18,0%
	Je m ² BGF	kWh	9,6	8,5	8,8	+3,8%
Wärme	Verbrauch	kWh	168.590	107.140	131.230	+22,5%
	Je VZÄ	kWh	6.606,2	4.009,2	3.878,3	-3,3%
	Je m ² BGF	kWh	45,8	29,1	35,7	+22,5%
Wärmeenergieverbrauch witterungsbereinigt	Gesamt	kWh	188.821	124.282	135.167	+8,8%
	Je m ² BGF	kWh	51,3	33,8	36,8	+8,8%
Energieverbrauch (ohne Kfz)	Gesamt	kWh	204.059	138.459	163.733	+18,3%
	Je VZÄ	kWh	7.996,0	5.181,2	4.838,8	-6,6%
Verbrauch erneuerbarer Energien	Gesamt	kWh	35.469	31.319	32.503	+3,8%
	Je VZÄ	kWh	1.389,9	1.172,0	960,6	-18,0%
Erzeugung erneuerbarer Energien	Gesamt	kWh	-	-	-	-
	Je VZÄ	kWh	-	-	-	-
Finanzamt Eschwege-Witzenhausen gesamt						
Kraftfahrzeuge		kWh	40.823	36.535	30.960	-15,3%

Bei den Liegenschaften des Finanzamts Eschwege-Witzenhausen handelt es sich jeweils um massive Bauwerke, die noch nicht oder nur teilweise energetisch saniert wurden. Das Finanzamt erhält in den kommenden Jahren einen deutlichen Stellenzuwachs durch die Regionalisierung von Bewertungsstellen. Im Zuge dieser Strukturmaßnahmen ist geplant, die Liegenschaften umfassend zu sanieren und die zusätzlichen Beschäftigten flächeneffizient unterzubringen. Finale Entscheidungen und Planungen liegen noch nicht vor.

Bereits im vergangenen Jahr wurden die Liegenschaften des Finanzamts in den Projektpool des Programms COME-Solar aufgenommen. In

Witzenhausen soll im kommenden Jahr eine Photovoltaikanlage mit einer Leistung von 39 kWp in Betrieb gehen. Die konkrete Ausstattung der Standorte in Eschwege mit Photovoltaikanlagen hängt von der ausstehenden Entscheidung zur weiteren Unterbringung der Beschäftigten im Zuge der Strukturmaßnahmen ab.

Alle drei Liegenschaften sind mit einer Gasheizung ausgestattet. Die witterungsbereinigten Wärmeenergieverbräuche haben sich in den Liegenschaften in der Schlesienstraße und der Max-Woelm-Straße in Eschwege in den vergangenen drei Jahren kaum verändert. In der Schlesienstraße wurden im Oktober 2022 die Anlage und der Heiz-

kessel ausgetauscht. Auch für die Liegenschaft in der Max-Woelm-Straße wurde eine neue Heizungsanlage bestellt. In der Verwaltungsstelle in Witzenhausen wurden bereits im Jahr 2019 die Heizungsanlage und Thermostate ausgetauscht. Diese Maßnahme macht sich in einer deutlichen Reduzierung der Heizenergieverbräuche im Jahr 2020 um 35 % (witterungsbereinigt) bemerkbar. Die Verbräuche sind im vergangenen Jahr etwas angestiegen. Dies ist wahrscheinlich auf die kühlen Temperaturen Anfang des Jahres 2021 zurückzuführen.

Die Stromverbräuche sind in der Schlesienstraße in Eschwege und in Witzenhausen im vergangenen Jahr in etwa auf dem Niveau des Vorjahres ge-

blieben. Die pandemiebedingt vermehrte Tätigkeit im Homeoffice hatte bereits im Jahr 2020 zu einer leichten Reduktion der Stromverbräuche in den Bürogebäuden geführt. In der Max-Woelm-Straße in Eschwege sind die Stromverbräuche noch weiter gesunken.

Im Jahr 2021 wurden die Büroleuchten schrittweise gegen LED-Lampen ausgetauscht, sodass zukünftig mit niedrigeren Verbräuchen zu rechnen ist.

Zur Förderung eines umweltfreundlichen Nutzerverhaltens und des Bewusstseins für den Stromverbrauch einzelner Geräte, haben die Beschäftigten des Finanzamts die Möglichkeit, sich bei der örtlichen Umweltbeauftragten Strommessgeräte auszulihen.

Finanzamt Korbach-Frankenberg

Energie		Einheit	2019	2020	2021	Veränderung zum Vorjahr
Korbach						
Strom	Verbrauch	kWh	122.236	104.724	97.985	-6,4%
	Je VZÄ	kWh	900,3	887,5	753,4	-15,1%
	Je m ² BGF	kWh	16,3	13,9	13,0	-6,4%
Wärme	Verbrauch	kWh	367.000	350.600	387.400	+10,5%
	Je VZÄ	kWh	2.703,1	2.971,1	2.978,7	+0,3%
	Je m ² BGF	kWh	48,8	46,6	51,5	+10,5%
Wärmeenergieverbrauch witterungsbereinigt	Gesamt	kWh	370.670	364.624	360.282	-1,2%
	Je m ² BGF	kWh	49,3	48,5	47,9	1,2%
Energieverbrauch (ohne Kfz)	Gesamt	kWh	489.236	455.324	485.385	+6,6 %
	Je VZÄ	kWh	3.603,5	3.858,5	3.732,1	-3,3%
Verbrauch erneuerbarer Energien	Gesamt	kWh	489.236	455.324	485.385	+6,6%
	Je VZÄ	kWh	3.603,5	3.858,5	3.732,1	-3,3%
Erzeugung erneuerbarer Energien	Gesamt	kWh	-	-	-	-
	Je VZÄ	kWh	-	-	-	-

Energie		Einheit	2019	2020	2021	Veränderung zum Vorjahr
Frankenberg¹⁰						
Strom ¹¹	Verbrauch	kWh	35.590	34.091	30.515	-13,9%
	Je VZÄ	kWh	1.094,9	622,4	584,7	-6,1%
	Je m ² BGF	kWh	15,0	14,4	12,4	-13,9%
Wärme	Erdgas	kWh	62.000	46.300	71.480	+54,4%
	Elektrische Energie	kWh	25.170	24.120	26.000	+7,8%
	Umgebungs-wärme	kWh	50.330	48.240	52.000	+7,8%
	Gesamt-verbrauch	kWh	137.500	118.660	149.480	+21,2%
	Je VZÄ	kWh	4.230,2	2.166,2	2.864,0	+32,2%
	Je m ² BGF	kWh	58,1	50,1	60,7	+21,2%
	Wärmeenergie-verbrauch witterungsbereinigt	Gesamt	kWh	148.500	130.526	144.996
	Je m ² BGF	kWh	62,7	55,1	58,9	+6,8%
Energieverbrauch (ohne Kfz)	Gesamt	kWh	173.090	152.751	179.995	+13,3%
	Je VZÄ	kWh	5.325,2	2.788,6	3.448,7	+23,7%
Verbrauch erneuerbarer Energien	Gesamt	kWh	111.090	106.451	108.515	+1,9%
	Je VZÄ	kWh	3.418	1.943	2.079	+7,0%
Erzeugung erneuerbarer Energien ¹²	Gesamt	kWh	59.250	48.242	58.431	+21,1%
	Je VZÄ	kWh	1.823	881	1.120	+27,1%
Finanzamt Korbach-Frankenberg gesamt						
Kraftfahrzeuge		kWh	56.263	32.347	15.729	-51,4%

In Korbach sind die Heizenergieverbräuche witterungsbereinigt konstant geblieben. Die Stromverbräuche haben sich weiter deutlich reduziert, wahrscheinlich aufgrund der pandemiebedingt geringen Präsenz der Beschäftigten im Büro.

Eine energetische Sanierung hat bislang nur in Teilbereichen, vornehmlich in der Anlagentechnik,


stattgefunden. Der abgängige Wärmeerzeuger des Gebäudes wurde durch eine Nahwärmeanbindung an eine benachbarte Biogasanlage mit einem regenerativen Anteil von 100% ersetzt.

Die zur Erzeugung von Wärme verwendete Biomasse besteht vornehmlich aus Speiseresten, Getreideausputz oder Grasschnitt. Das produzierte

¹⁰ Anpassung der Wärmemengen: Seit 2017 ist eine Luft-Wasser-Wärmepumpe am Standort eingebaut. Die Verbrauchswerte wurden erst im vergangenen Jahr rückwirkend erfasst und können nun erstmalig vollständig ausgewiesen werden.

¹¹ Nur Beleuchtung, Elektrische Geräte, etc.; ohne Strom für Heizung

¹² im Verbrauch enthalten; besteht aus Umgebungswärme und Solarstrom



Biogas wird in einem Blockheizkraftwerk in Wärme und Strom umgewandelt. Hierzu wurde die bereits 730 Meter lange Versorgungsleitung von der Biogasanlage zum Kreishaus Waldeck-Frankenberg um ca. 220 Meter zum Finanzamt verlängert. Zur Absicherung der Wärmeversorgung bei eintretenden Lieferstörungen und Spitzenleistungen wurden zusätzlich ein neuer mit Erdgas betriebener Brennwertkessel und ein Pufferspeicher installiert.

Diese besonders effiziente Lieferung von Nahwärme mit einem niedrigen Primärenergiefaktor ist Teil des CO₂-Minderungs- und Energieeffizienz-Programms (COME-Programm). Die errechnete CO₂-Einsparung beträgt rund 56 Tonnen pro Jahr im Vergleich zum Zeitraum vor der energetischen Sanierung.

Bis Ende 2026 sind umfangreiche Sanierungsmaßnahmen mit dem Eigentümer der Liegenschaft vereinbart worden. Hierzu gehören unter anderem Dach- und Fassadendämmungen, Erneuerungen aller Fenster, Außentüren sowie der Beleuchtung und Errichtung einer Photovoltaikanlage. Auch die bislang geplante Umstellung der Beleuchtung auf LED wird im Rahmen dieser Gesamtmaßnahme eingeplant. Die Außenbereiche wurden bereits auf LED umgestellt.

Bis 2025 werden im Rahmen von Strukturmaßnahmen 55 Stellen zum Finanzamt Korbach-Frankenberg verlagert. Es ist geplant, diese zusätzlichen Personen im Bestand unterzubringen und damit keine weiteren Flächen zu versiegeln und Ressourcen einzusparen.

Am Standort Frankenberg sind die Stromverbräuche deutlich gesunken. Die Entwicklungen hängen wahrscheinlich mit der vermehrten Arbeit im Home-Office zusammen. Die Wärmeenergieverbräuche sind in den letzten Jahren relativ konstant.

Die Liegenschaft in Frankenberg wurde von 2016 bis 2018 in mehreren Bauabschnitten energetisch saniert. Die Maßnahmen umfassten den Austausch der Fenster, die Dämmung der Außenwände, Kellerräume, und Dachflächen, den Austausch von Heizkörpern und Leuchten und die Ausstattung der Büros mit präsenz- und tageslichtabhängiger Regelung für die Beleuchtung. Im Zuge dieser Maßnahmen wurde eine elektrisch betriebene Luft-Wasser Wärmepumpe installiert.

Die Stromverbräuche und erzeugten Wärmemengen der Anlage wurden zunächst nicht korrekt erfasst, rückwirkend korrigiert und sind nun korrekt ausgewiesen. Die Installation der Wärmepumpe hat dazu beigetragen den Gasverbrauch deutlich um über 60% im Vergleich zu den Jahren vor der Errichtung zu senken.

Auf dem Gebäude in Frankenberg wurde eine Photovoltaikanlage angebracht. Die Anlage ist im Jahr 2020 durch eine Störung ausgefallen. Um einen solchen Vorfall vorzubeugen und künftige Ausfälle der Anlage sofort erkennen und beheben zu können, soll die Ausleseinfrastruktur nachgerüstet werden.

Niederlassung Nord des LBIH - Standort Leuschnerstraße, Kassel

Energie		Einheit	2020 (Nov. und Dez.)	2021	Veränderung zum Vorjahr
Strom	Verbrauch	kWh	10.870	77.109	-
	Je VZÄ	kWh	68,0	479,1	-
	Je m ² BGF	kWh	4,9	12,8	-
Wärme	Verbrauch	kWh	9.350	94.470	-
	Je VZÄ	kWh	58,5	587,0	-
	Je m ² BGF	kWh	4,3	15,7	-
Wärmeenergie- verbrauch witterungsbereinigt	Gesamt	kWh	11.127	99.194	-
	Je m ² BGF	kWh	5,1	16,5	-
Energieverbrauch (ohne Kfz)	Gesamt	kWh	20.220	171.579	-
	Je VZÄ	kWh	126,6	1.066,2	-
Verbrauch erneuerbarer Energien	Gesamt	kWh	14.184,6	110.598,6	-
	Je VZÄ	kWh	88,8	687,2	-
Erzeugung erneuerbarer Energien ¹²	Gesamt	kWh	3.230,5	58.449,0	-
	Je VZÄ	kWh	20,2	363,2	-
Kraftfahrzeuge		kWh	23.266	109.621	

Im neuen Standort des LBIH in der Leuschnerstraße in Kassel wurden durch die Kernsanierung durch den Eigentümer bereits alle wesentlichen Potenziale ausgeschöpft. So erhielt das Gebäude einen großzügigen Glasgiebel, sowie eine energetische Verbesserung der Hülle mit Holz-Alu-Fenstern und einem auf Mineralwolle basierenden Wärmedämmverbundsystem. Ein Teil des benötigten Stroms wird durch die denkmalgerecht eingepasste Photovoltaikanlage mit einer Nenn-

leistung von 83,2 kWp auf dem Dach des Speichergebäudes produziert.

Die Strom- und Wärmeverbräuche sind sowohl im Vergleich zu den anderen EMAS-Liegenschaften als auch im Vergleich zu den Leistungsrichtwerten niedrig.

Bislang liegen nur Daten für ein vollständiges Jahr vor. Eine Analyse der Entwicklungen kann erst in den kommenden Jahren erfolgen.

¹² Personalzahl in Kennzahlen zu gebäudebezogenen Verbrauchsdaten jeweils ohne Haushandwerker und Reinigungskräfte, da die Beschäftigten ihre Tätigkeit fast ausschließlich an anderen Standorten ausüben

WASSER

Hessisches Ministerium der Finanzen

Wasser		Einheit	2019	2020	2021	Veränderung zum Vorjahr
Bestandsgebäude und Garagenbau						
Wasser	Verbrauch	m ³	2.050	1.784	1.538	-13,8%
	Je VZÄ	l	9.011,9	7.619,0	6.356,1	-16,6%
Erweiterungsbau (und Außenbereiche)						
Wasser	Verbrauch	m ³	1.295	1.287	1.782	+38,5%
	Je VZÄ	l	11.506,8	12.118,5	15.310,1	+26,3%

Im Bestandsgebäude und Garagenbau haben sich die Wasserverbräuche in den letzten beiden Jahren, wahrscheinlich aufgrund der vermehrten Tätigkeit der Beschäftigten im Homeoffice, verringert. Die Verbräuche lagen in den Vorjahren über dem Leistungsrichtwert von 6.400 l pro Person für öffentliche Verwaltungen. 2021 konnte der Wert unterschritten werden. Ziel ist, den Verbrauch dauerhaft unter dem Leistungsrichtwert zu halten.

Der Wasserverbrauch im Erweiterungsbau ist vergleichsweise hoch und im vergangenen Jahr stark angestiegen. Grund für den Anstieg ist ein Wasserschaden im Oktober und November 2021. Die im Übrigen hohen Verbräuche sind zum einen darauf

zurückzuführen, dass die Cafeteria des Ministeriums an die Leitung des Erweiterungsbaus angeschlossen ist. Es wird geprüft, ob die Mengen getrennt erfasst werden können. Zudem ist die Bewässerung der Außenanlagen in den Verbräuchen enthalten. Ziel ist, die Gießwassermenge zu halbieren. Dafür wurde der Wasserdurchfluss der Bewässerungsanlage bereits reduziert. Daneben wird bereits Regenwasser genutzt, das in einer Zisterne gesammelt wird. Aktuell wird die Anschaffung einer zweiten Zisterne geprüft. Als weitere Maßnahme - auch im Sinne der Förderung der Biodiversität - ist die Ausweitung der insektenfreundlichen Blühwiesen zur Reduzierung des Wasserbedarfs geplant.

Finanzamt Eschwege-Witzenhausen

Wasser		Einheit	2019	2020	2021	Veränderung zum Vorjahr
Schlesienstraße, Eschwege						
Wasser	Verbrauch	m ³	215	209	178	-14,8%
	Je VZÄ	l	4.524,5	4.306,0	3.116,3	-27,6%
Max-Woelm-Straße, Eschwege						
Wasser	Verbrauch	m ³	176	160	110	-31,3%
	Je VZÄ	l	7024,7	6.565,9	4.306,3	-34,4%
Witzenhausen						
Wasser	Verbrauch	m ³	199	190	173	-9,0%
	Je VZÄ	l	7.797,8	7.109,9	5.112,7	-28,1%

Die Wasserverbräuche haben sich an allen Standorten im vergangenen Jahr verringert. Das ist wahrscheinlich auf die geringere Nutzung der Bürogebäude und Sanitäranlagen während der pandemiebedingten Einschränkungen zurückzuführen.

Auffällig sind die Schwankungen vor allem am Standort in der Max-Woelm-Straße. Dort war zuvor in 2019 und 2020 ein deutlicher Anstieg der Wasserverbräuche zu verzeichnen. Gründe hierfür konnten nicht ermittelt werden, ggf. haben die in 2019 in allen Standorten angebrachten Wasserspender und Spülungen des Geräts dazu beigetragen. Durch die geringe Präsenz der Beschäftigten

im Gebäude im Jahr 2021 hat sich der Verbrauch nun stark verringert.

In der Schlesienstraße sind die Toilettenanlagen und Teeküchen vor einigen Jahren saniert worden. Die Anlagen in der Max-Woelm-Straße und in Witzenhäusern sind veraltet. An diesen Standorten überstiegen die Wasserverbräuche je VZÄ den Leistungsrichtwert für öffentliche Verwaltungen von 6.400 l je VZÄ in den Vorjahren deutlich. Geplant ist, die Funktionalität der Spartasten und den Einbau von Wasserspararmaturen prüfen und ggf. erneuern zu lassen, um den Leistungsrichtwert langfristig zu unterschreiten.

Finanzamt Korbach Frankenberg

Wasser		Einheit	2019	2020	2021	Veränderung zum Vorjahr
Korbach						
Wasser	Verbrauch	m ³	1.260	1.457	1.458	+0,1%
	Verbrauch (Hochrechnung auf ein Jahr) ¹⁴	m ³	1.306	-	-	-
	Je VZÄ	l	9.619,3 ¹⁵	12.346,9	11.210,4	-9,2%
Frankenberg						
Wasser	Verbrauch	m ³	349	337	182	-48,1%
	Je VZÄ	l	10.737,1	6.152,2	3.487,1	-43,3%

Sowohl in Korbach als auch in Frankenberg lagen die Wasserverbräuche in den vergangenen Jahren über dem Leistungsrichtwert für öffentliche Verwaltungen von 6.400 l je VZÄ pro Jahr. Ziel ist, den Leistungsrichtwert an beiden Standorten durch Sanierungsmaßnahmen zu erreichen. Zur Verringerung des Wasserverbrauchs wurden in Korbach beginnend in 2019 die Spülkästen erneuert. Aktuell führen veraltete und ab und zu undichte Leitungen zu weiterhin hohen Verbräuchen. Eine Erneuerung

wird im Rahmen der durch den Eigentümer geplanten Gesamtsanierungsmaßnahmen forciert. In Frankenberg wurden ab Oktober 2020 bis März 2021 sämtliche Wasserrohre und Sanitäranlagen saniert. In Frankenberg macht sich die Sanierung bereits in deutlich gesunkenen Verbräuchen pro Beschäftigte bemerkbar. Ziel ist, an beiden Standorten den Leistungsrichtwert langfristig zu unterschreiten bzw. in Frankenberg das niedrige Verbrauchsniveau zu halten.

¹⁴ Wasserverbrauch 2019 aus dem Zeitraum 22.09.2018 bis 09.09.2019 (=652 Tage); Hochrechnung ist zur Vergleichbarkeit eingefügt. 01.01.2018 bis 21.09.2018 (=263 Tage);

¹⁵ Bezogen auf den hochgerechneten Wert

Niederlassung Nord des LBIH - Standort Leuschnerstraße

Wasser		Einheit	2020 (Nov. und Dez.)	2021	Veränderung zum Vorjahr
Wasser	Verbrauch	m ³	74	496	-
	Je VZÄ ¹⁶	l	463,2	3082,0	-

Am Standort in der Leuschnerstraße in Kassel sind die Wasserverbräuche bezogen auf die Beschäftigten vergleichsweise gering und deutlich unter dem Leistungsrichtwert. Da bislang nur Daten für

ein vollständiges Jahr vorliegen, kann die weitere Entwicklung erst in den kommenden Jahren beurteilt werden.

ABFALL

Das Abfallaufkommen beschränkt sich in allen Dienststellen weitestgehend auf haushaltsübliche, nicht gefährliche Abfälle. Im HMdF werden über einen Fettabscheider Öle und Fette vom Abwasser der Cafeteria getrennt und regelmäßig fachgerecht entsorgt. Weitere Abfälle, wie zum Beispiel Elektroschrott oder Toner, werden von zertifizierten Dienstleistern ausgetauscht oder dem Recycling zugeführt und sind deshalb hier nicht aufgeführt.

In fast allen Dienststellen liegen die berechneten Abfallmengen deutlich unter der Referenzmenge für öffentlichen Verwaltungen von weniger als 200 kg je VZÄ pro Jahr. Die Abfallmengen werden rechnerisch anhand des maximalen Fassungsvermögens der verfügbaren Tonnen und den Leerungen ermittelt, sodass die ermittelten Werte nicht zwangsläufig den tatsächlichen Abfallmengen entsprechen. In Korbach und Frankenberg sind zum Beispiel die berechneten Abfallmengen vergleichsweise hoch, da dort größere Tonnen bereitstehen, die aber wahrscheinlich nicht voll befüllt sind. Die Veränderungen bei den Abfallmengen sind bis auf die Aktenvernichtungsmengen auf im Jahr 2022 aktualisierte Abfallumrechnungstabellen zurückzuführen.

Ziel im vergangenen Jahr war, die Datenqualität zu erhöhen, um eine bedarfsgerechtere Ausstattung mit Abfalltonnen zu ermöglichen und Veränderungen

messen zu können. Mangels Möglichkeit, die Reduktion von Restmüll, Verpackung und Biomüll exakt zu messen, bleibt die bisherige Methode bestehen.

Unser Fokus liegt auf einem guten Abfallmanagement und der richtigen Entsorgung. Zudem werden Maßnahmen ergriffen, um die Müllentstehung zu vermeiden und die Beschäftigten zu sensibilisieren.

In allen EMAS-Dienststellen stehen Trinkwasserspender zur Verfügung, über die sich die Beschäftigten mit Wasser in Mehrweg-Flaschen versorgen können.

Zur Vermeidung von Einwegbehältnissen steht den Beschäftigten in allen Dienststellen Geschirr zur täglichen Nutzung zur Verfügung.

Im Finanzamt Korbach gibt es eine Kantine mit Frühstücksangebot, in der auf Verpackungen verzichtet wird. Zur Sensibilisierung der Mitarbeitenden und zur weiteren Reduzierung des Plastikmülls erhielten zudem alle Beschäftigten Mehrweg-Thermosflaschen.

Im Ministerium werden in der Cafeteria durch das Benutzen von wiederverwendbaren to go Bechern, Weckgläsern und Mehrweggeschirr gegen Pfand (auch für zu Hause) Verpackungsabfälle minimiert.

In allen EMAS-Dienststellen wurde die Abfalltrennung überprüft. Es sind ausreichend Trennsysteme eingerichtet.

Hessisches Ministerium der Finanzen

Abfall	Einheit	2019	2020	2021	Veränderung zum Vorjahr
Restmüll	t	11,10	11,10	11,10	-
Plastik	t	2,57	2,57	2,57	-
Papier (Aktenvernichtung)	t	13,50	13,50	13,50	-
Biomüll	t	1,64	1,64	1,64	-
Öle / Fette aus Abwasserbehandlung	t	5,02	5,02	5,02	-
Gesamtmenge	t	33,8	33,8	33,8	-
Gesamtmenge je VZÄ	kg	99,5	99,4	94,4	-5,0%

Finanzamt Eschwege-Witzenhausen

Abfall	Einheit	2019	2020	2021	Veränderung zum Vorjahr
Restmüll	t	0,928	0,928	1,041	+12,2%
Plastik	t	0,814	0,814	0,702	-13,8%
Papier (Aktenvernichtung)	t	12,82	13,59	8,93	-34,3%
Biomüll	t	0,94	0,94	0,94	-
Gesamtmenge	t	15,5	16,8	11,6	-28,6%
Gesamtmenge je VZÄ	kg	158,0	163,3	100,0	-39,1%

Finanzamt Korbach-Frankenberg

Abfall	Einheit	2019	2020	2021	Veränderung zum Vorjahr
Restmüll	t	9,11	9,11	9,5	+4,3%
Plastik	t	2,49	2,49	2,57	+3,2%
Papier (Aktenvernichtung)	t	30,84	25,46	27,16	+6,7%
Biomüll	t	1,54	1,54	1,39	-9,7%
Gesamtmenge	t	43,98	38,60	40,62	+5,2%
Gesamtmenge je VZÄ	kg	261,3	223,4	222,8	-0,3%

Niederlassung Nord des LBIH - Standort Leuschnerstraße, Kassel

Abfall	Einheit	2020 (Nov. und Dez.)	2021	Veränderung zum Vorjahr
Restmüll	t	1,53	8,32	-
Plastik	t	0,14	0,86	-
Papier (Aktenvernichtung)	t	-	1,08	-
Papier	t	1,14	5,06	-
Biomüll	t	0,21	1,30	-
Gesamtmenge	t	3,03	16,62	-
Gesamtmenge je VZÄ	kg	18,9	103,3	-

PAPIERVERBRAUCH

Der Verbrauch von Büropapier ist einer der Umweltaspekte, auf die der Einfluss am größten ist. Alle EMAS-Dienststellen sind in bestimmten Arbeitsabläufen aufgrund organisatorischer oder gesetzlicher Rahmenbedingungen noch an Papier gebunden. In vielen Bereichen ermöglichen aber IT-gestützte Prozesse bereits jetzt den weitgehenden Verzicht auf Papier. Viele Informationen sind in den Finanzämtern etwa überwiegend in elektronischen Akten gespeichert. Die Kommunikation mit Bürgerinnen und Bürgern ist in vielen Teilen ausschließlich elektronisch über ELSTER möglich.¹⁷ Durch die stetige Weiterentwicklung der IT-Programme ist in Zukunft von einer deutlichen Verringerung des Papierverbrauchs auszugehen. Alle EMAS-Dienststellen sind mit zentralen Netzwerkdrukern ausgestattet. Zudem hat die vermehrte Tätigkeit im Homeoffice in den vergangenen Jahren zu einer verstärkten Umstellung der Arbeitsweisen beigetragen.

Seit Anfang des Jahres 2022 werden landesweit schrittweise Verfahren zur Digitalisierung von Personalverwaltungsangelegenheiten (Urlaubs- und Dienstreiseanträge) ausgerollt. Einen weiteren

Beitrag wird die landesweit flächendeckende Einführung eines Dokumentenmanagementsystems und einer elektronischen Personalakte leisten.

In den Finanzämtern wurden mithilfe neuer IT-Verfahren und entsprechender organisatorischer Regelungen weitere Möglichkeiten geschaffen, intern digital zu kommunizieren und Akten digital zu führen. Zukünftig wird die Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes die Arbeitsprozesse der Beschäftigten noch tiefgreifend beeinflussen. Die Papierverbräuche sind in beiden Finanzämtern rückläufig. Das Ziel von 15 Blatt pro Person pro Arbeitstag ist bereits (fast) erreicht, sodass als neues Ziel 12 Blatt pro Person pro Arbeitstag bis 2025 anvisiert wird.

In der Niederlassung Nord des LBIH wird zum Informationsaustausch verstärkt auf Sharepoints und weitere Austauschordner zugegriffen. Daneben wurde ein Projekt zur elektronischen Vergabe erfolgreich umgesetzt, sodass der Ausdruck großer Mengen an Vergabeunterlagen entfällt. Zudem wurden Möglichkeiten geschaffen, Unterlagen elektronisch zu zeichnen. Es ist geplant im Jahr

2024 ein Dokumentenmanagementsystem für die Verwaltung und später auch für den Baubereich einzuführen. Ziel ist es, bis 2025 unter 15 Blatt DIN A 4 pro Person pro Arbeitstag in der Dienststelle zu verbrauchen.

Im Ministerium haben sich die Papierverbräuche in den vergangenen Jahren auch deutlich reduziert. Vor allem im Arbeitsalltag haben sich die Arbeitsweisen durch die pandemischen Einschränkungen verändert. Ein sehr großer Verbrauchsfaktor ist aktuell der Druck des Haushaltsplans für externe Adressaten (zum Beispiel Landtag, Fraktionen). Die ausgegebenen Mengen wurden in den vergangenen Jahren schon reduziert. Ziel ist es, die Ausdrücke in Abstimmung mit den Adressaten stetig weiter zu verringern.

Alle EMAS-Dienststellen haben im Jahr 2021 ausschließlich Papier mit Umweltzeichen erworben. Der Anteil an Recycling-Papier ist im Hessischen Ministerium der Finanzen vergleichsweise gering. Frischfaserpapier wird beim Druck des Haushaltsplans aus Gründen der Energieeffizienz beim Druckvorgang verwendet.

Die Papierverbräuche werden für die Berichterstattung für die Einkaufsmengen ermittelt. Sofern möglich, erfolgt halbjährlich eine Auswertung der Multifunktionsgeräte, um die Wirkung von Verbesserungsmaßnahmen zu prüfen und Potenziale im gesamten Geschäftsbereich zu finden.

Hessisches Ministerium der Finanzen

Papier		Einheit	2019	2020	2021	Veränderung zum Vorjahr
Büropapier	Verbrauch	Blatt DIN A4	2.310.000	1.902.000	1.470.000	-22,7%
	Je VZÄ	Blatt DIN A4	6.794,9	5.588,3	4.102,9	-26,6%
	Je VZÄ pro Arbeitstag	Blatt DIN A4	30,9	25,4	18,7	-26,6%
	Anteil Recyclingpapier	%	61,0%	56,0%	51,7%	-7,7%

Finanzamt Eschwege-Witzenhausen

Papier		Einheit	2019	2020	2021	Veränderung zum Vorjahr
Büropapier	Verbrauch	Blatt DIN A4	600.000	500.000	400.000	-20,0%
	Je VZÄ	Blatt DIN A4	6.116,6	5.018,6	3.427,7	-31,7%
	Je VZÄ pro Arbeitstag	Blatt DIN A4	27,8	22,8	15,6	-31,7%
	Anteil Recyclingpapier	%	100	100	100	-

Finanzamt Korbach-Frankenberg

Papier		Einheit	2019	2020	2021	Veränderung zum Vorjahr
Büropapier	Verbrauch	Blatt DIN A4	1.014.000	800.000	600.000	-25,0%
	Je VZÄ	Blatt DIN A4	6.025,0	4.630,1	3.292,2	-28,9%
	Je VZÄ pro Arbeitstag	Blatt DIN A4	24,2	21,1	15,0	-28,9%
	Anteil Recycling-	%	98,6	100	100	-

Niederlassung Nord des LBIH - Standort Leuschnerstraße, Kassel

Papier		Einheit	2020 (Nov. und Dez.)	2021	Veränderung zum Vorjahr
Büropapier	Verbrauch	Blatt DIN A4	-	630.000	-
	Je VZÄ	Blatt DIN A4	-	3.888,8	-
	Je VZÄ pro Arbeitstag	Blatt DIN A4	-	17,8	-
	Anteil Recyclingpapier	%	-	88,9	-

GEBÄUDEBEZOGENE EMISSIONEN

Im Folgenden sind die wichtigsten umweltrelevanten Emissionen der einzelnen Liegenschaften dargestellt. Die direkten Emissionen der Treibhausgase werden als Summe aller relevanten Treibhausgase in CO₂-Äquivalenten (CO_{2e}) angegeben. Jedes Treibhausgas trägt in unterschiedlichem

Maß zu der Erwärmung der Atmosphäre bei. Diese Eigenschaft wird als Treibhauspotenzial (Global Warming Potential = GWP) bezeichnet. PFC, NF₃ und SF₆ fallen bei uns nicht an und sind dementsprechend in den nachfolgenden Tabellen nicht aufgeführt.

Hessisches Ministerium der Finanzen

	Einheit	2019	2020	2021	Veränderung zum Vorjahr
Emissionen aus Heizenergie					
Bestandsgebäude und Garagenbau					
Treibhausgasemissionen	kgCO _{2e}	160.283	157.809	156.073	-1,1%
Je VZÄ	kgCO _{2e}	704,8	674,0	645,0	-4,3%
SO ₂	g	9.738	8.534	9.280	-1,1%
Je VZÄ	g	42,8	36,5	38,4	+5,2%
NO _x	g	67.353	63.935	65.126	-1,1%
Je VZÄ	g	350,5	310,5	305,9	-1,5%
PM ₁₀	g	8.795	8.286	8.492	-1,1%
Je VZÄ	g	38,7	35,4	35,1	-0,8%
Erweiterungsbau					
Treibhausgasemissionen	kgCO _{2e}	12.581	12.339	15.870	+28,6%
Je VZÄ	kgCO _{2e}	111,8	116,2	136,4	+17,4%
SO ₂	g	91	90	115	+28,6%
Je VZÄ	g	0,81	0,84	0,99	+17,4%
NO _x	g	3.767	3.695	4.752	+28,6%
Je VZÄ	g	33,5	34,8	40,8	+17,4%
PM ₁₀	g	451	443	569	+28,6%
VZÄ	g	4,0	4,2	4,9	+17,4%

Finanzamt Eschwege-Witzenhausen

	Einheit	2019	2020	2021	Veränderung zum Vorjahr
Emissionen aus Heizenergie¹⁸					
Eschwege, Schlesienstraße					
Treibhausgasemissionen	kgCO _{2e}	25.829	26.121	29.662	+13,6%
Je VZÄ	kgCO _{2e}	543,6	538,2	519,3	-3,5%
SO ₂	g	187	190	215	+13,6%
Je VZÄ	g	3,9	3,9	3,8	-3,5%
NO _x	g	7.734	7.822	8.882	+13,6%
Je VZÄ	g	162,8	161,2	155,5	-3,5%
PM ₁₀	g	927	937	1.064	+13,6%
Je VZÄ	g	19,5	19,3	18,6	-3,5%
Eschwege, Max-Woelm-Straße					
Treibhausgasemissionen	kgCO _{2e}	24.029	19.929	23.100	+15,9%
Je VZÄ	kgCO _{2e}	959,1	817,9	904,3	+10,6%
SO ₂	g	174	145	168	+15,9%
Je VZÄ	g	7,0	5,9	6,6	+10,6%
NO _x	g	7.195	5.968	6.917	+15,9%
Je VZÄ	g	287,2	244,9	270,8	+10,6%
PM ₁₀	g	862	715	829	+15,9%
Je VZÄ	g	34,4	29,3	32,4	+10,6%
Witzenhausen					
Treibhausgasemissionen	kgCO _{2e}	33.980	21.594	26.450	+22,5%
Je VZÄ	kgCO _{2e}	1.331,5	808,1	781,7	-3,3%
SO ₂	g	247	157	192	+22,5%
Je VZÄ	g	9,7	5,9	5,7	-3,3%
NO _x	g	10.175	6.466	7.920	+22,5%
Je VZÄ	g	398,7	242,0	234,1	-3,3%
PM ₁₀	g	1.219	775	949	+22,5%
Je VZÄ	g	47,8	29,0	28,0	-3,3%

Finanzamt Korbach-Frankenberg

	Einheit	2019	2020	2021	Veränderung zum Vorjahr
Emissionen aus Heizenergie¹⁸					
Korbach					
Treibhausgasemissionen	kgCO _{2e}	1.922	1.836	2.029	+10,5%
Je VZÄ	kgCO _{2e}	14,2	15,6	15,6	+0,3%
SO ₂	g	0	0	0	-
Je VZÄ	g	0	0	0	-
NO _x	g	247.145	236.101	260.883	+10,5%
Je VZÄ	g	1.820,3	2.000,8	2.005,9	+0,3%
PM ₁₀	g	6.865	6.559	7.247	+10,5%
Je VZÄ	g	50,6	55,6	55,7	+0,3%
Frankenberg					
Treibhausgasemissionen	kgCO _{2e}	12.496	9.332	14.407	+48,5%
Je VZÄ	kgCO _{2e}	384,5	170,4	276,0	+62,0%
SO ₂	g	91	68	105	+48,5%
Je VZÄ	g	2,8	1,2	2,0	+62,0%
NO _x	g	3.742	2.794	4.314	+48,5%
Je VZÄ	g	115,1	51,0	82,7	+62,0%
PM ₁₀	g	448	335	517	+48,5%
Je VZÄ	g	13,8	6,1	9,9	+62,0%

Niederlassung Nord des LBIH - Standort Leuschnerstraße, Kassel

	Einheit	2020 (Nov. und Dez.)	2021	Veränderung zum Vorjahr
Emissionen aus Heizenergie¹⁸				
Treibhausgasemissionen	kgCO _{2e}	2.550	25.769	-
Je VZÄ	kgCO _{2e}	16,0	160,1	-
SO ₂	g	1.305	13.190	-
Je VZÄ	g	8,2	82,0	-
NO _x	g	3.407	34.425	-
Je VZÄ	g	21,3	213,9	-
PM ₁₀	g	175	1.770	-
Je VZÄ	g	1,1	11,0	-

MOBILITÄT UND CO_{2e}-EMISSIONEN

Dienstreisen gehören in einigen Arbeitsbereichen des Geschäftsbereichs, etwa bei Betriebsprüfungen oder Baustellenterminen, untrennbar zum Tätigkeitsfeld. Gemeinsam mit Reisen zu Veranstaltungen und Fortbildungen legen die Beschäftigten dadurch jährlich große Strecken zurück und verursachen entsprechende Umweltauswirkungen. Wir machen uns daher zur Aufgabe, vermeidbare Reisen zu reduzieren und Anreize zu setzen, um auf umweltschonende Verkehrsmittel umzusteigen. Alle Beschäftigten im Geschäftsbereich wurden in diesem Jahr noch einmal gezielt informiert und sensibilisiert, wie dienstliche Treffen und Reisen nachhaltiger gestaltet werden können.

Bei allen Dienststellen besteht Potenzial, Reisen zu Besprechungen und Fortbildungen durch digitale Alternativen zu ersetzen. Die Beschäftigten in den EMAS-Dienststellen sind mit Notebooks und Videokonferenzsystemen ausgestattet. Viele Be-

sprechungen und Veranstaltungen werden mittlerweile digital durchgeführt. Auch hybride Formate nehmen weiter zu. Im Jahr 2023 wird im gesamten Geschäftsbereich ein digitales Learning-Management-System mit vielen digitalen Fortbildungsangeboten eingeführt.

Da sich nicht alle Dienstreisen vermeiden lassen, spielt die Wahl der Verkehrsmittel eine große Rolle. Primäres Ziel ist, die Reisen mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu fördern. Ein Anreiz besteht dahingehend, dass alle Beschäftigten des Landes Hessen mit einem LandesTicket¹⁹ für den öffentlichen Nahverkehr in ganz Hessen ausgestattet sind. Allerdings lässt die Lage der Dienststellen in teilweise ländlichen Regionen zeitlich und infrastrukturell eine Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel nicht immer zu. Ein weiteres Ziel ist daher, umweltfreundlichere Fahrzeuge für die Dienststellen zu beschaffen und die E-Mobilität weiter auszubauen.

Ab dem Jahr 2022 besteht bei Neubeschaffungen von Pkw-Dienstfahrzeugen die Vorgabe, eine Quote von mindestens 50% reinen E-Fahrzeugen zu erreichen. Bis 2030 soll der komplette Fahrzeugpool, soweit dieser auch zukünftig benötigt wird, auf klima- und umweltfreundliche Fahrzeuge umgestellt werden. Voraussetzung ist, dass es für alle Einsatzzwecke von Landesfahrzeugen auch entsprechende Fahrzeuge mit klimafreundlichen Antrieben zu vertretbaren Konditionen gibt. Auch die Verfügbarkeit von bedarfsgerechter Ladeinfrastruktur ist eine wichtige Voraussetzung. Zur Errichtung der Ladeinfrastruktur wurde daher ein Förderprogramm COME Mobilität aufgelegt. Die EMAS-Dienststellen sollen im Rahmen des Förderprogramms bedarfsgerecht berücksichtigt werden.

Im Ministerium befinden sich zwei E-Fahrzeuge im Fuhrpark. Es stehen 14 Ladesäulen zur Verfügung, über die auch die Beschäftigten ihre privaten E-Fahrzeuge kostenfrei laden können. Im neuen Dienstgebäude der LBIH Niederlassung Nord in Kassel sind fünf Ladestationen eingerichtet. Der Fuhrpark wurde im Jahr 2022 um ein weiteres E-Fahrzeug und zwei Hybride erweitert. Im Finanzamt Eschwege ist seit April 2021 ein E-Fahrzeug im Einsatz.

Gerade im innerstädtischen Bereich kommen auch häufig Zweiräder zum Einsatz. Im Ministerium können die Beschäftigten Pedelecs oder einen E-Scooter nutzen. Die beiden Finanzämter haben im Jahr 2019 Pedelecs erhalten, die unter anderem bei Kurierfahrten zwischen Verwaltungsstellen im Einsatz sind und dadurch teilweise den Pkw ersetzen. Darüber hinaus nutzen auch viele Beschäftigte in den Finanzämtern die Pedelecs in der Mittagspause und können sich so von den gesundheitlichen und ökologischen Vorteilen für das Privat-

leben selbst überzeugen. In der LBIH Niederlassung steht ein Lastenrad und ein weiteres Pedelec für Stadtfahrten zur Verfügung. Am Standort in Kassel wurde dafür zudem gesorgt, dass ein Abstellort für E-Scooter eines externen Anbieters auf dem Gelände eingerichtet wird, um Anreize zu schaffen, kurze Strecken, etwa zum Bahnhof, damit zurückzulegen und damit den Umstieg auf den ÖPNV zu fördern.

Daten zu Dienstreisen können aktuell nur ermittelt werden, wenn dafür konkrete Kosten entstanden sind. Fahrten mit dem LandesTicket werden bisher nicht erfasst. Ziel ist, statt der Auswertung der Reisekostenabrechnungen künftig die Dienstreisedaten über eine Auswertung der Dienstreiseanträge zu ermitteln. Bisher gibt es hierfür noch keine technische Möglichkeit.

Zur Emissionsberechnung werden entsprechend der Reiseentfernung und der Wahl des Verkehrsmittels unterschiedliche Emissionsfaktoren eingesetzt. Dabei werden die direkten Emissionen der Fahrzeuge sowie die Emissionen der Kraftstoffvorkette berücksichtigt.

Bei Bahnreisen bildet die Kraftstoffvorkette im Wesentlichen den Stromverbrauch der Fahrzeuge ab. Die DB-AG stellt den Stromverbrauch für Bahn Corporate Kunden wie das Land Hessen für Fahrten mit ICE, IC und EC klimaneutral, so dass die Fahrten über das Großkundenabonnement (GKA) und damit der Großteil der gebuchten Fahrten mit dem Emissionsfaktor 0,00 kg CO_{2e} je Personenkilometer (pkm) angesetzt werden.

Der CO₂-Ausstoß aus Dienstreisen wird im Rahmen des Ziels der CO₂-Neutralität bis 2030 seit dem Jahr 2020 kompensiert.²⁰

²⁰ <https://co2.hessen-nachhaltig.de/files/content/downloads/pm2019-103-Dienstreisen-der-Landesverwaltung-werden-zukuenftig-CO2neutral-gestellt.pdf>

Hessisches Ministerium der Finanzen

Dienstreisen		Einheit	2019	2020	2021	Veränderung zum Vorjahr
Reisekilometer gesamt (ohne LandesTicket)	Strecke	km	929.580	327.827	226.738	-30,8%
	Je VZÄ	km	2.725,54	963,20	632,85	-34,3%
Pkw-Nutzung						
Pkw-Nutzung gesamt	Strecke	km	256.815	132.851	118.730	-10,6%
	VZÄ	km	755,4	390,3	331,4	-15,1%
	CO _{2e}	kg	49.080	22.634	19.272	-14,9%
	CO _{2e} /VZÄ	kg	144,4	66,5	53,8	-19,1%
Dienstfahrzeuge (Diesel)	Strecke	km	169.402	49.929	15.320	-69,3%
	Je VZÄ	km	498,3	146,7	42,8	-70,9%
	Verbrauch	l	14.302	4.016	1.113	-72,3%
	Verbrauch/100km	l/100km	8,4	8,0	7,3	-9,7%
	CO _{2e}	kg	35.042	9.840	2.726	-72,3%
	CO _{2e} /VZÄ	kg	103,1	28,9	7,6	-73,7%
Dienstfahrzeuge (Benzin)	Strecke	km	23.983	53.316	76.867	+44,2%
	Je VZÄ	km	70,5	156,6	214,5	+37,0%
	Verbrauch	l	1.516	4.015	6.187	+54,1%
	Verbrauch/100km	l/100km	6,3	7,5	8,0	+6,9%
	CO _{2e}	kg	3.272	8.668	13.355	+54,1%
	CO _{2e} /VZÄ	kg	9,6	25,5	37,3	+46,4%
Dienstfahrzeuge (rein elektrisch)	Strecke	km	2.639	6.307	8.525	+35,2%
	Je VZÄ	km	7,8	18,5	23,8	+28,4%
	Verbrauch	kWh	193 ²¹	2.626	2.771	+5,5%
	Verbrauch/100km	kWh	7,3	41,6	32,5	-21,9%
Private Kfz	Strecke	km	60.791	23.299	18.018	-22,7%
	Je VZÄ	km	178,82	68,46	50,29	-26,5%
	CO _{2e}	kg	10.766	4.126	3.191	-22,7%
	CO _{2e} /VZÄ	kg	31,7	12,1	8,9	-26,5%

Dienstreisen		Einheit	2019	2020	2021	Veränderung zum Vorjahr
Flugreisen						
Flugreisen	Strecke	km	177.908	24.081	1.732	-92,8%
	VZÄ	km	523,3	70,8	4,8	-93,2%
	CO _{2e}	kg	42.413	5.741	413	-92,8%
	CO _{2e} /VZÄ	kg	124,8	16,9	1,2	-93,2%
Öffentliche Verkehrsmittel						
Bahn	Strecke	km	637.683	140.318	30.913	-78,0%
	Je VZÄ	km	1.875,7	412,3	86,3	-79,1%
	CO _{2e}	kg	550	106	44	-58,5%
ÖPNV	Strecke	km	5.785	1.343	228	-83,0%
	Je VZÄ	km	17,0	3,9	0,6	-83,9%
	CO _{2e}	kg	263	61	10	-83,0%

Vor der Pandemie im Jahr 2019 waren die Beschäftigten im HMdF vergleichsweise viel unterwegs. Viele Beschäftigte wirken zum Beispiel in Bundesländer-Arbeitsgruppen mit, die an verschiedenen Orten in Deutschland tagen. Durch die Einschränkungen während der Pandemie haben sich Dienstreisen stark verringert. Die weitere Entwicklung kann derzeit nicht sicher eingeschätzt werden. Es ist davon auszugehen, dass durch viele digitale oder hybride Besprechungs- und Fortbildungsmöglichkeiten der Reiseumfang vor der Pandemie langfristig unterschritten wird.

möglichkeiten der Reiseumfang vor der Pandemie langfristig unterschritten wird.

Vor der Pandemie bestritten die Beschäftigten bereits zu einem großen Anteil die Reisen mit der Bahn. Flugreisen haben sich durch die Pandemie massiv verringert. Ziel ist es, den hohen Umfang vor der Pandemie zukünftig deutlich zu unterschreiten. Der dienstliche Fuhrpark wurde in den letzten Jahren bereits reduziert und wird stetig vermehrt mit E-Fahrzeugen ausgestattet.

Dienstreisen		Einheit	2019	2020	2021	Veränderung zum Vorjahr
Reisekilometer gesamt (ohne LandesTicket)	Strecke	km	128.125	151.177	150.992	-0,1%
	Je VZÄ	km	1.306,2	1.517,4	1.293,8	-14,7%
Pkw-Nutzung						
Pkw-Nutzung gesamt	Strecke	km	113.009	148.984	150.332	+0,9%
	VZÄ	km	1.152,1	1.495,3	1.288,2	-13,9%
	CO _{2e}	kg	17.850	24.631	24.039	-2,4%
	CO _{2e} /VZÄ	kg	182,0	247,2	206,0	-16,7%
Dienstfahrzeuge (Diesel)	Strecke	km	36.856	30.815	25.645	-16,8%
	Je VZÄ	km	375,7	309,3	219,8	-29,0%
	Verbrauch	l	2.136	1.920	1.275	-33,5%
	Verbrauch/100km	l/100km	5,8	6,2	5,0	-19,4%
	CO _{2e}	kg	5.234	4.705	3.124	-33,6%
	CO _{2e} /VZÄ	kg	53,4	47,2	26,8	-43,3%
Dienstfahrzeuge (Benzin)	Strecke	km	31.462	28.879	31.849	+10,3%
	Je VZÄ	km	320,7	289,9	272,9	-5,9%
	Benzin	l	2.223	1.980	2.072	+4,6%
	Verbrauch/100km	l/100km	7,1	6,9	6,5	-5,8%
	CO _{2e}	kg	4.800	4.275	4.473	+4,6%
	CO _{2e} /VZÄ	kg	48,9	42,9	38,3	-10,7%
Private Kfz	Strecke	km	44.691	88.372	92.838	+5,1%
	Je VZÄ	km	455,6	887,0	795,6	-10,3%
	CO _{2e}	kg	7.915	15.651	16.442	+5,1%
	CO _{2e} /VZÄ	kg	80,7	157,1	140,9	-10,3%
Öffentliche Verkehrsmittel						
Bahn	Strecke	km	15.090	2.193	660	-69,9%
	Je VZÄ	km	153,8	22,0	5,7	-74,3%
	CO _{2e}	kg	0	0	0	-
ÖPNV	Strecke	km	26	0	0	-
	Je VZÄ	km	0,01	0	0	-
	CO _{2e}	kg	1	0	0	-

Der Umfang an Dienstreisen hatte sich bei den Beschäftigten des Finanzamts Eschwege-Witzenhausen in 2020 – entgegen der Erwartungen mit Blick auf die Einschränkungen durch die Pandemie – vergrößert. Die reiseintensiven Außendiensttätigkeiten, wie beispielsweise Betriebsprüfungen, fanden weiterhin statt, wenngleich in geringerem Umfang in den zu prüfenden Betrieben vor Ort. Gründe für den Anstieg der gesamten Reisekilometer sind insbesondere der deutliche Zuwachs an Anwärterinnen und Anwärtern in der Dienststelle sowie die Ermittlung der Daten über die Reisekostenabrechnungen. Viele Nachwuchskräfte müssen für Schulungen oder zum Kennenlernen anderer Arbeitsbereiche aus ihrem „Stammbaus“ in andere Standorte wechseln und sind dann zur Reisekostenabrechnung berechtigt.

Pandemiebedingt nutzten die Beschäftigten zum Großteil (private) Pkw für Dienstreisen und verzichteten auf Fahrgemeinschaften, Bahnreisen und den ÖPNV. Auch im Jahr 2021 fanden Dienstreisen hauptsächlich per Pkw statt. Der Reiseumfang hat sich im Jahr 2021 pro Beschäftigte wieder auf das Niveau von 2019 verringert.

Langfristig sind Verbesserungsmöglichkeiten schwer einzuschätzen. Durch die vielen Neueinstellungen und Strukturmaßnahmen wird es in den nächsten Jahren einen hohen Fortbildungsbedarf geben. Es wird darauf geachtet, wo möglich, digitale oder hybride Veranstaltungen anzubieten und die Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln noch stärker zu fördern.

Finanzamt Korbach-Frankenberg

Dienstreisen		Einheit	2019	2020	2021	Veränderung zum Vorjahr
Reisekilometer gesamt (ohne LandesTicket)	Strecke	km	240.378	171.615	143.728	-16,2%
	Je VZÄ	km	1.428,5	993,2	788,6	-20,6%
Pkw -Nutzung						
Pkw-Nutzung gesamt	Strecke	km	207.355	160.649	141.635	-11,8%
	Je VZÄ	km	1.234,3	929,8	777,1	-16,4%
	CO _{2e}	kg	31.854	24.866	23.259	-6,5%
	CO _{2e} /VZÄ	kg	189,3	143,9	127,6	-11,3%
Dienstfahrzeuge (Diesel)	Strecke	km	34.840	17.726	7.508	-57,6%
	Je VZÄ	km	207,0	102,6	41,2	-59,8%
	Diesel	l	2.441	1.234	536	-56,6%
	Verbrauch/100 km	l/100km	7,01	6,96	7,1	+2,6%
	CO _{2e}	kg	5.981	3.024	1.313	-56,6%
	CO _{2e} /VZÄ	kg	35,5	17,5	7,2	-58,8%

Finanzamt Korbach-Frankenberg

Dienststreisen		Einheit	2019	2020	2021	Veränderung zum Vorjahr
Dienstfahrzeuge (Benzin)	Strecke	km	70.633	47.315	24.568	-48,1%
	Je VZÄ	km	419,8	273,8	134,8	-50,8%
	Benzin	l	3.627	2.274	1.178	-48,2%
	Verbrauch/100 km	l/100km	5,1	4,8	4,8	-0,4%
	CO _{2e}	kg	7.830	4.910	2.543	-48,2%
	CO _{2e} /VZÄ	kg	46,5	28,4	14,0	-50,9%
Private Kfz	Strecke	km	101.882	95.608	109.559	+14,6%
	Je VZÄ	km	605,5	553,3	601,1	+8,6%
	CO _{2e}	kg	18.043	16.932	19.403	+14,6%
	CO _{2e} /VZÄ	kg	107,2	98,0	106,5	+8,6%
Öffentliche Verkehrsmittel						
Bahn	Strecke	km	32.811	10.966	2.093	-80,9%
	Je VZÄ	km	195,0	57,4	11,5	-80,0%
	CO _{2e}	kg	0	0	0	-
ÖPNV (ohne LandesTicket)	Strecke	km	212	-	-	-
	Je VZÄ	km	1,1	-	-	-
	CO _{2e}	kg	10	-	-	-

Im Finanzamt Korbach-Frankenberg hat sich der Reiseumfang durch die pandemiebedingten Einschränkungen weiter verringert. Gereist wurde überwiegend per Pkw. Fahrten mit der Bahn haben

sich noch weiter reduziert. Auch in diesem Finanzamt ist die weitere Entwicklung durch viele Neueinstellungen und Fortbildungsbedarfe aktuell schwer prognostizierbar.

Niederlassung Nord des LBIH - Standort Leuschnerstraße, Kassel

Dienstreisen		Einheit	2020 (Nov und Dez.)	2021	Veränderung zum Vorjahr
Reisekilometer gesamt (ohne LandesTicket)	Strecke	km	42.915	273.532	-
	je VZÄ	km	224,5	1.260,2	-
Pkw-Nutzung					
Pkw-Nutzung gesamt	Strecke	km	42.263	252.016	-
	je VZÄ	km	198,6	1.161,1	-
	CO _{2e}	kg	7.764	43.210	-
	CO _{2e} /VZÄ	kg	36,5	199,1	-
Dienstwagen (Diesel)	Strecke	km	30.936	160.866	-
	Strecke/VZÄ	km	145,4	741,1	-
	Diesel	l	2.350	11.073	-
	Verbrauch/ 100 km	l/ 100km	7,06	6,87	-
	CO _{2e}	kg	5.758	27.131	-
	CO _{2e} /VZÄ	kg ²²	27,1	124,5	-
Dienstwagen Elektro	Strecke	km	-	359	-
	StreckeVZÄ	km	-	1,7	-
	Verbrauch	kWh	-	23	-
	CO _{2e}	kg	-	0	-
Private Kfz	Strecke	km	11.327	90.791	-
	je VZÄ	km	53,2	418,3	-
	CO _{2e}	kg	2.006	16.079	-
	CO _{2e} /VZÄ	kg	9,43	73,79	-
Öffentliche Verkehrsmittel					
Bahn	Strecke	km	652	21.516	-
	je VZÄ	km	3,1	99,1	-
	CO _{2e}	kg	8	24	-

22 Korrektur eines Eintragungsfehlers in internen Rechenblättern

23 Noch nicht auswertbar

In der Niederlassung Nord des LBIH in Kassel sind einige Beschäftigte aufgrund ihrer Tätigkeit täglich und meist mit dem Pkw unterwegs (etwa Haus-

handwerker). Die Umstellung des Fuhrparks auf E-Fahrzeuge spielt zur Reduktion der CO₂-Emissionen an diesem Standort daher eine große Rolle.

GESAMTEMISSIONEN (GEBÄUDE UND MOBILITÄT)

Im Folgenden sind die entstandenen Gesamtemissionen aus Heiz- und Kühlenergie sowie der Mobilität der Beschäftigten zusammengefasst:

Gesamtemissionen	Einheit	2019	2020	2021	Veränderung zum Vorjahr
Hessisches Ministerium der Finanzen					
Treibhausgasemissionen	kgCO _{2e}	265.170	198.690	191.682	-3,5%
Je VZÄ	kgCO _{2e}	780,0	583,8	534,9	-8,4%
Finanzamt Eschwege-Witzenhausen					
Treibhausgasemissionen	kgCO _{2e}	101.786	92.275	103.251	+11,9%
Je VZÄ	kgCO _{2e}	1.037,7	926,2	884,8	-4,5%
Finanzamt Korbach-Frankenberg					
Treibhausgasemissionen	kgCO _{2e}	46.272	36.034	39.695	+10,2%
Je VZÄ	kgCO _{2e}	275,0	208,6	217,8	+4,4%
LBIH Niederlassung Nord, Leuschnerstraße, Kassel (ab Nov. 2020)					
Treibhausgasemissionen	kgCO _{2e}	-	10.322	69.003	-
Je VZÄ	kgCO _{2e}	-	48,5	317,9	-

Ein Gesamtwert der Treibhausgasemissionen für alle drei Dienststellen wird nicht gebildet und überwacht. Für die gesamte Hessische Landesverwaltung wird bereits regelmäßig eine CO₂-Bilanz erstellt.²⁴

BIOLOGISCHE VIELFALT - FLÄCHENNUTZUNG

Der Flächenverbrauch, steigende Beanspruchung natürlicher Ressourcen durch den Menschen und die Folgen des Klimawandels führen zu einem immer weiter steigenden Verlust der biologischen Vielfalt in Hessen und der Welt. Das Kabinett hat daher am 3. Juni 2013 die Hessische Biodiversitätsstrategie verabschiedet. Mit der Biodiversitätsstrategie verknüpft die Landesregierung verschiedene Zielsetzungen, unter anderem den Schutz von Lebensräumen und Arten, besonders in Schutzgebieten, sowie die Beobachtung und gegebenenfalls Zurückdrängung invasiver Arten. Das HMdF leistet dabei unter anderem dadurch einen Beitrag zur hessischen Biodiversitätsstrategie, dass bei Neu-, Um- und Erweiterungsbauten des Landes Hessen eine biodiversitätsfreundliche Gestaltung, insbesondere der Außenanlagen, in der Planung und Baudurchführung angestrebt wird.

Die EMAS-Dienststellen leisten zudem vor Ort individuell Beiträge zum Erhalt der Biodiversität. Die zum Start der Einführung des Umweltmanagementsystems im Jahr 2019 gepflanzte Ulme in der Schlesienstraße in Eschwege erinnert die Beschäftigten des Finanzamts täglich an ihre Verantwortung, ressourcenschonend mit der Umwelt umzugehen. Anlässlich des Tages der Nachhaltigkeit im Jahr 2020 haben die Anwärtinnen und Anwärter eine Bienenwiese angelegt und übernehmen eine Patenschaft für die Pflege dieser Außenanlage. In 2020 wurde ein Stabahorn in Witzenhausen ge-

pflanzt. Die Dienststelle nahm dabei an einer Aktion der Initiative „CO₂-neutralen Landesverwaltung“ teil, die anlässlich des 6. Hessischen Tags der Nachhaltigkeit im September 2020 die Kosten für bis zu 100 Baumpflanzungen in Hessen übernommen hatte.

An beiden angesprochenen Standorten des Finanzamts Eschwege-Witzenhausen wurden im Nachgang der Baumpflanzungen zusätzlich Vogelhäuser zur Winterfütterung installiert. Als Neujahrsaktion wurden Anfang 2022 den Bediensteten des Finanzamts Eschwege-Witzenhausen Miniinsektenhotels für zu Hause ausgehändigt. Diese wurden in Werkstätten für Menschen mit Behinderung hergestellt.

In Korbach ist der Anteil naturnaher Flächen bereits sehr hoch. Am Hessischen Tag der Nachhaltigkeit 2022 wurde in Korbach zusätzlich ein Blühstreifen und in Frankenberg der Rasen vor der Verwaltungsstelle von den Beschäftigten bepflanzt.

Im Ministerium haben seit 2019 einige Bienenvölker ein Zuhause im Innenhof des Bestandsgebäudes gefunden und sollen gemeinsam mit den angelegten Blühstreifen und dem errichteten Insektenhotel zur Biodiversität in der Stadt beitragen. Darüber hinaus ist das Gebäude von Rasenflächen und einem teilweise alten Baumbestand umgeben.

Hessisches Ministerium der Finanzen

Flächen	Einheit	2019	2020	2021	Veränderung zum Vorjahr
Gesamter Flächenverbrauch	m ²	12.840	12.840	12.840	-
Je VZÄ	m ²	37,8	37,7	35,8	-5,0%
Gesamte versiegelte Fläche	m ²	5.852	5.852	5.852	-
Je VZÄ	m ²	17,2	17,2	16,3	-5,0%
Gesamte naturnahe Fläche am Standort	m ²	6.987	6.987	6.987	-
Je VZÄ	m ²	20,6	20,5	19,5	-5,0%

Finanzamt Eschwege-Witzenhausen

Flächen	Einheit	2019	2020	2021	Veränderung zum Vorjahr
Schlesienstraße, Eschwege					
Gesamter Flächenverbrauch	m ²	5.755	5.755	5.755	-
Je VZÄ	m ²	121,1	118,6	100,8	-15,0%
Gesamte versiegelte Fläche	m ²	2.274	2.274	2.274	-
Je VZÄ	m ²	47,9	46,8	39,8	-14,9%
Gesamte naturnahe Fläche am Standort	m ²	3.481	3.481	3.481	-
Je VZÄ	m ²	73,3	71,7	60,9	-15,0%
Max-Woelm-Straße, Eschwege					
Gesamter Flächenverbrauch	m ²	1.041	1.041	1.041	-
Je VZÄ	m ²	41,6	42,7	40,8	-4,5%
Gesamte versiegelte Fläche	m ²	1.041	1.041	1.041	-
Je VZÄ	m ²	41,6	42,7	40,8	-4,5%
Gesamte naturnahe Fläche am Standort	m ²	0	0	0	-
Je VZÄ	m ²	0	0	0	-

Flächen	Einheit	2019	2020	2021	Veränderung zum Vorjahr
Witzenhausen					
Gesamter Flächenverbrauch	m ²	9.218	9.218	9.218	-
Je VZÄ	m ²	354,5	345,0	272,4	-21,0%
Gesamte versiegelte Fläche	m ²	3.352	3.352	3.352	-
Je VZÄ	m ²	128,9	125,4	99,1	-21,0%
Gesamte naturnahe Fläche am Standort	m ²	5.866	5.866	5.866	-
Je VZÄ	m ²	225,6	219,5	173,3	-21,0%

Finanzamt Korbach-Frankenberg

Flächen	Einheit	2019	2020	2021	Veränderung zum Vorjahr
Korbach					
Gesamter Flächenverbrauch	m ²	14.547	14.547	14.547	-
Je VZÄ	m ²	107,1	123,3	111,8	-9,3%
Gesamte versiegelte Fläche	m ²	4.996	4.996	4.996	-
Je VZÄ	m ²	36,8	42,3	38,4	-9,3%
Gesamte naturnahe Fläche am Standort	m ²	9.551	9.551	9.551	-
Je VZÄ	m ²	70,3	80,9	73,4	-9,3%
Frankenberg					
Gesamter Flächenverbrauch	m ²	1.307	1.307	1.307	-
Je VZÄ	m ²	40,2	23,9	25,0	+5,0%
Gesamte versiegelte Fläche	m ²	1.079	1.079	1.079	-
Je VZÄ	m ²	33,2	19,7	20,7	+4,9%
Gesamte naturnahe Fläche am Standort	m ²	228	228	228	-
Je VZÄ	m ²	7,0	4,2	4,4	+4,0%

Niederlassung Nord des LBIH - Standort Leuschnerstraße, Kassel

Flächen	Einheit	2020	2021	Veränderung zum Vorjahr
Gesamter Flächenverbrauch	m ²	2.030	2.030	-
Je VZÄ	m ²	12,7	12,6	-0,7%
Gesamte versiegelte Fläche	m ²	1.484	1.484	-
Je VZÄ	m ²	9,3	9,2	-0,7%
Gesamte naturnahe Fläche am Standort	m ²	546	546	-
Je VZÄ	m ²	3,4	3,4	-0,7%

BESCHREIBUNG DER BEDEUTENDEN INDIREKTEN UMWELTASPEKTE

Die ermittelten indirekten Umweltaspekte lassen sich in drei Bereiche gliedern, die nachfolgend knapp beschrieben werden. Es gibt indirekte Umweltaspekte, die für alle EMAS-Dienststellen relevant sind. Dabei sind die Beschaffung und der Pendelverkehr der Beschäftigten als wesentlich eingestuft. Aufgrund der Relevanz für alle Dienststellen, werden diese nachfolgend vorangestellt. Darüber hinaus wurden für das Ministerium aufgrund seines Aufgabenbereichs weitere indirekte Umweltaspekte ermittelt, die teilweise, sofern notwendig, schon in den vorangegangenen Abschnit-

ten zu den Umweltzielen und -maßnahmen sowie den direkten Umweltaspekten der Dienststellen aus deren Perspektive benannt wurden.

Auch im LBIH wurden indirekte Umweltaspekte durch das Bauen und Betreiben der Liegenschaften, die ihm zugeordnet sind, identifiziert. Die Analyse der Umweltaspekte der Finanzämter hat ergeben, dass dort keine wesentlichen, über die für alle Dienststellen identifizierten indirekten Umweltaspekte hinaus bestehen.

FÜR ALLE EMAS-DIENSTSTELLEN ERMITTELTE INDIREKTE UMWELTASPEKTE

Nachhaltige Beschaffung

Die hessische Landesverwaltung berücksichtigt bereits seit vielen Jahren Nachhaltigkeitskriterien in der öffentlichen Beschaffung. Dabei sind alle Beteiligten auf den unterschiedlichen Ebenen gefordert, denn Nachhaltigkeit eröffnet viele Möglichkeiten, um insbesondere soziale und ökologische Anforderungen im Beschaffungswesen zu berücksichtigen und umzusetzen.

Zwischenzeitlich wurde die Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten bei der Beschaffung von Liefer- und Dienstleistungen auch gesetzlich verankert und dadurch die erforderliche Rechtssicherheit geschaffen. Nach der aktuellsten Fassung des Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetzes (HVTG)²⁵ sind bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen des Landes Hessen grundsätzlich

Aspekte der Qualität und der Innovation sowie soziale und umweltbezogene Aspekte, wie etwa der Klimaschutz, nach Maßgabe dieses Gesetzes zu berücksichtigen (§ 3 Abs. 1 Satz 1 HVTG). Bei der Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien bei anstehenden Beschaffungen unterstützt die Kompetenzstelle für nachhaltige Beschaffung des Bundes die Bedarfsstellen der Länder²⁶.

Insbesondere bei der Beschaffung von Verbrauchsgütern greifen die Bedarfsstellen auf ein elektronisches Bestellsystem zu. Dies wird vom Hessischen Competence Center für neue Verwaltungssteuerung verwaltet und über Rahmenverträge mit Lieferanten die Rechtssicherheit in der Beschaffung zentral gewährleistet. Für etliche Produktgruppen werden dabei Nachhaltigkeitsaspekte von vornherein berücksichtigt und somit zum Standard für die gesamte Verwaltung.

Pendelverkehr der Beschäftigten

Auch die Pendlerstrecken der Beschäftigten sind ein wesentlicher indirekter Umweltaspekt aller Dienststellen, sodass verschiedene Maßnahmen getroffen werden, um den Pendlerverkehr zu reduzieren und Anreize zum Umstieg auf umweltfreundliche Verkehrsmittel zu setzen.

Grundsätzlich soll eine regelmäßige Pendlerbefragung Aufschluss über das Pendelverhalten der Beschäftigten und Steuerungspotenziale geben. Im Jahr 2022 wurden wenig aussagekräftige Ergebnisse aufgrund der Ausnahmesituation während der Corona-Pandemie erwartet und deshalb auf eine Befragung verzichtet. Bei Normalisierung der Situation soll wieder eine Befragung stattfinden. Interessante Ergebnisse sind insbesondere mit Blick auf eine neue Dienstvereinbarung zum mobilen Arbeiten, die aktuell pilotiert wird, zu erwarten. Die neuen Regelungen sollen zu einer weiteren Flexibilisierung von Arbeitsort und -zeit beitragen. Für die Beschäftigten war es seit vielen Jahren bereits möglich, unter bestimmten Voraussetzungen mobil zu arbeiten. Mit der neuen Vereinbarung

werden diese Möglichkeiten nun erweitert. Neben den bestehenden Regelungen wird allen Beschäftigten, wenn es der Tätigkeitsbereich zulässt, mobiles Arbeiten in bis zu 50% der Arbeitszeit ermöglicht. Damit werden sich in Summe die Pendelkilometer voraussichtlich dauerhaft verringern.

Für Pendelwege können alle Beschäftigten des Landes kostenfrei mit dem LandesTicket öffentliche Verkehrsmittel nutzen. Im Ministerium nutzen bereits viele Beschäftigte die kostenfreie Lademöglichkeit von privaten E-Fahrzeugen.

Zudem haben die Beschäftigten seit dem 1. Januar 2019 die Möglichkeit, einen unverzinslichen Vorschuss zum Erwerb eines Fahrrades oder Pedelecs, das für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte genutzt wird, zu erhalten. Praktische Hinweise zur Auswahl eines geeigneten Pedelecs und für die Beschaffung und Nutzung liefert eine Broschüre, die gemeinsam vom Finanz- und Wirtschaftsministerium veröffentlicht wurde.²⁷

Weitere Anreize für den Umstieg auf das Fahrrad bieten sichere Abstellplätze, Umkleide- und Duscmöglichkeiten für die Radfahrerinnen und Radfahrer. Am neuen Standort der Niederlassung Nord des LBIH können die Beschäftigten ihre Fahrräder und E-Bikes an barrierefreien Fahrradparkplätzen im Untergeschoss des Gebäudes sowie zwölf Elektrotankstellen sicher abstellen und laden. Daneben stehen ihnen Duschen und Umkleidemöglichkeiten zur Verfügung.

Auch die Verwaltungsstelle Frankenberg ist nach Sanierungsarbeiten nun mit einer Fahrradgarage und einer Dusche für die Beschäftigten ausgestattet.

²⁶ (Vgl. auch Nr. 4.3. des Gemeinsamen Runderlasses zum öffentlichen Auftragswesen (Vergabeerlass) vom 10. August 2021, StAnz. 34/2021 S. 1091)

²⁷ <https://co2.hessen-nachhaltig.de/pedelec-nutzung-in-der-hessischen-landesverwaltung.html>

INDIREKTE UMWELTASPEKTE DES MINISTERIUMS

Das Ministerium als oberste Landesbehörde nimmt die in der Standortbeschreibung genannten vielfältigen Aufgaben wahr. Durch sie entstehen die indirekte Umweltaspekte des Ministeriums insbesondere im nachgeordneten Bereich. Zu diesem gehören neben den anderen EMAS-Dienststellen, die schon seit 2020 nach EMAS begutachtet werden, die Oberfinanzdirektion, alle hessischen Finanzämter, der Landesbetrieb Bau und Immobilien Hessen, die Hessische Zentrale für Datenverarbeitung, das Hessische Competence Center für neue Verwaltungssteuerung sowie das Studienzentrum der Finanzverwaltung und Justiz in Rotenburg an der Fulda.

In einer eingehenden Analyse der Abteilungen und Referate wurden die Aufgaben des Ministeriums identifiziert, die für das Umweltmanagementsystem und den Umweltschutz als wesentlich angesehen und nachfolgend genauer beleuchtet werden.

Zentralabteilung

Die Zentralabteilung nimmt Querschnittsaufgaben sowohl für das Ministerium selbst als auch für die Dienststellen im Geschäftsbereich wahr. Sie ist unter anderem verantwortlich dafür, die Rahmenbedingungen zu schaffen, um die Umweltleistung in den Kerntätigkeiten zu verbessern.

Zu den Aufgaben gehören Organisations-, IT-, Haushalts- und Personalangelegenheiten der Steuerverwaltung, der landesinternen IT- und Bau dienstleister und des Studienzentrums. Zudem werden Strategien zur Weiterentwicklung der Organisation und des Personalmanagements im Geschäftsbereich entwickelt. Für ein systematisches Umweltmanagement relevante Arbeitsbereiche sind zudem das strategische Management von Nachhaltigkeit und Unterbringung. Auch die Digitalisierung der Steuerverwaltung wird aus der Zentralabteilung heraus koordiniert.

Strategisches Nachhaltigkeitsmanagement

Die Einführung und Aufrechterhaltung des Umweltmanagementsystems ist eine wesentliche Aufgabe des strategischen Nachhaltigkeitsmanagements. In der Regel betreffen die hier zentral erarbeiteten Maßnahmen zu Umwelt- und Nachhaltigkeitsthemen den gesamten Geschäftsbereich.

Der Ausbau von EMAS in einigen Dienststellen bis hin zu gelebtem Umweltschutz und Bewusstsein für weitere Themen der Nachhaltigkeit im gesamten Ressort soll in den kommenden Jahren weiter voranschreiten. In Stakeholder-Workshops sollen künftig weitere Umwelt- und Nachhaltigkeitsaspekte in relevanten Tätigkeitsbereichen des Ressorts systematisch analysiert und verbessert werden. Das Team im Arbeitsbereich strategisches Nachhaltigkeitsmanagement versteht sich dabei als Impulsgeber und zentrale Koordinierungsstelle. Ziele sind zudem, Kompetenzen in Nachhaltigkeitsmanagement auf der Führungsebene zu fördern und das Umweltcontrolling im gesamten Geschäftsbereich voranzutreiben.

Organisationsstruktur und Prozesse

Ein wesentliches Augenmerk der Zentralabteilung liegt darauf, die Organisationsstruktur und Prozesse im Geschäftsbereich effizient, digital und nachhaltig zu gestalten.

Seit einigen Jahren werden Maßnahmenpakete zur Optimierung der Struktur und Prozesse in der Steuerverwaltung konzipiert und umgesetzt, um die hessischen Finanzämter effektiver und zukunftsfest aufzustellen. Die Strukturmaßnahmen folgen zudem dem Ziel, wohnortnahe Arbeitsmöglichkeiten im ländlichen Raum zu bieten und damit Pendlerstrecken in die Ballungsräume zu reduzieren. Eine Maßnahme aus den Paketen war auch die Einführung des Umweltmanagementsystems nach EMAS in einzelnen Dienststellen.

Auch für den LBIH wird an der Optimierung der Aufbauorganisation, der Digitalisierung und Verbesserung von Prozessen gearbeitet. Wesentliche Aspekte sind hierbei die Einführung einer Software für das Gebäudemanagement, die Pilotierung optimierter Organisationsstrukturen im Gebäudebetrieb und weiterer Berichtswegen zur Steigerung der Effizienz. Hierbei werden Umweltmanagementbelange und -ziele berücksichtigt.

IT-Dienstleistungen für die Landesverwaltung

Die Digitalisierung von Arbeitsabläufen ist ein wesentlicher Bestandteil zur Steigerung der Effizienz der Verwaltungsleistungen und Teil eines modernen Arbeitsumfeldes. Gleichzeitig beanspruchen IT-Systeme und Produkte naturgemäß die Umwelt. Um das Ziel der CO₂-Neutralität zu unterstützen, steht bei den IT-Dienstleistern des Landes Hessen, für die in der Zentralabteilung die Fach- und Dienstaufsicht liegt, daher auch das Thema „Green-IT“ im Fokus. Ziele sind unter anderem, die Energieeffizienz von IT-Geräten und der eingesetzten Software stetig zu verbessern. Die Orientierung an Green-IT, Energieeffizienz und Nachhaltigkeit verfolgt die Hessische Zentrale für Datenverarbeitung auch beim Betrieb, der Modernisierung und Neukonzeption ihrer Rechenzentren. Für den Rechenzentrumsbetrieb an ihrem Standort Hünfeld wurde eine Neukonzeption zur Ablösung des bisherigen durch ein neues Rechenzentrum erstellt. Die Neukonzeption schließt unter anderem den Einsatz modernster Verfahren und Techniken der Green-IT auf dem Feld des Betriebs von Rechenzentren ein, zum Beispiel Wärmepumpen zur Abwärmenutzung oder eine angestrebte Nachhaltigkeitszertifizierung für den Bau des Rechenzentrums. Hierdurch soll ein PUE-Wert²⁸ von höchstens 1,2 erreicht werden.

Unterbringung

Das Referat I 13 der Zentralabteilung verantwortet neben dem strategischen Nachhaltigkeitsmanagement auch die Unterbringung und Ausstattung der Dienststellen des Geschäftsbereichs. Dies bedeu-

tet, dass bauliche und ausstattungsbezogene Bedarfe der zum Ressort gehörenden Dienststellen geprüft und freigegeben sowie Vorgaben für die Unterbringung im gesamten Ressort getroffen werden.

Für eine umweltschonende Unterbringung und Ausstattung der Liegenschaften im Geschäftsbereich wurden eigene Standards definiert, die regelmäßig über die allgemeinen Vorgaben für den Bau und Immobilienbetrieb im Land hinausgehen.

Bei Neubauten und geeigneten Sanierungsmaßnahmen ist, wo sinnvoll, das Qualitätsniveau Silber des Bewertungssystems Nachhaltiges Bauen (BNB) oder vergleichbare Standards zu erreichen. Zu nennen ist auch die schrittweise Etablierung des modernen Bürokonzepts „MultiSpace“ und von Desk-Sharing. Dabei wird ein nachhaltiger Flächeneinsatz angestrebt, um weitere Flächenversiegelungen möglichst zu vermeiden.

Interne Kommunikation

Die Interne Kommunikation ist ein weiterer Baustein unseres Umweltmanagementsystems. Im Ministerium ist die Interne Kommunikation für den gesamten Geschäftsbereich angesiedelt. Von hier aus wird in enger Abstimmung mit dem strategischen Nachhaltigkeitsmanagement zu Umwelt- und Nachhaltigkeitsbelangen kommuniziert. Durch gezielte Information etwa in Form von Beiträgen und Aufrufen zur Beteiligung an Aktionen sollen den Beschäftigten Zusammenhänge verdeutlicht und sukzessive ein Bewusstsein für die eigenen Möglichkeiten zum Umweltschutz beizutragen, geschaffen und gesteigert werden. Dabei bildet das Intranet (MAP) das Herzstück der Kommunikation und bietet neben der Berichterstattung zu aktuellen Umwelt- und Nachhaltigkeits-Themen auch einen feststehenden Bereich, indem man sich gezielt über EMAS erkundigen und die Umweltleitlinien einsehen kann.

²⁸ Der PUE-Wert (Power Usage Effectiveness) drückt aus, wie energieeffizient ein Rechenzentrum arbeitet. Je näher sich der Wert an 1,0 annähert, desto energieeffizienter arbeitet das Rechenzentrum.

Grundsatzfragen der Beschaffung

Um den Aspekt der Nachhaltigkeit bei Beschaffungen weiter zu fördern und die Dienststellen der Landesverwaltung noch eingehender zu sensibilisieren, werden durch das Ministerium konkrete Projekte gesteuert und vorangebracht. An dieser Stelle sollen beispielhaft zwei ausgewählte Leuchtturmprojekte vorgestellt werden:

Umweltfreundliche Beschaffung von Fahrzeugen

Die Hessische Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, den gesamten Fuhrpark der Landesverwaltung bis zum Jahr 2030 komplett auf klima- und umweltfreundliche Dienstfahrzeuge umzustellen. Um dieses Ziel zu erreichen, sind alle Dienststellen und Landesbetriebe angehalten, bei der Beschaffung von Dienstfahrzeugen ab sofort den klima- und umweltfreundlichen Fahrzeugen den Vorzug zu geben.²⁹ Überdies waren die Vorgaben des Saubere-Fahrzeuge-Beschaffungs-Gesetzes zu beachten.

Um die Elektrifizierung der gesamten Fahrzeugflotte konsequent sicherzustellen, hat das Hessische Ministerium der Finanzen für seinen Geschäftsbereich darüber hinaus vorgegeben, dass bei jeder Fahrzeugbeschaffung eine einheitliche Quote von mindestens 50% von reinen Batterieelektrofahrzeugen einzuhalten ist.³⁰

Kurzfilm „Nachhaltige Beschaffung ist das neue Normal!“

Das Land Hessen beteiligt sich gemeinsam mit weiteren Bundesländern an dem durch die Kompetenzstelle für nachhaltige Beschaffung veröffentlichten Kurzfilm „Nachhaltige Beschaffung ist das neue Normal!“ Er dient dazu das Engagement der öffentlichen Verwaltungen sowohl für Bürgerinnen und Bürger transparent zu machen als auch bei den Beschäftigten das Bewusstsein für die Auswirkungen der eigenen Tätigkeiten zu schärfen, indem alltägliche Herausforderungen rund um nachhaltige öffentliche Beschaffung geschildert

werden. Der Film zeigt auf, wie an verschiedenen Stellen im Beschaffungsprozess und bei unterschiedlichen Leistungen Nachhaltigkeitsaspekte integriert werden können.

Bau- und Immobilienmanagement

Besonders relevant sind die Einflussmöglichkeiten der mit dem Bau- und Immobilienmanagement befassten Referate der Abteilung IV des HMdF. Dort ist unter anderem die Fachaufsicht für den Landesbetrieb Bau und Immobilien Hessen (LBIH), dem zentralen Bau- und Immobiliendienstleister der hessischen Landesverwaltung, verortet. Dieser übernimmt Aufgaben im Bau-, Standort- und Gebäudemanagement.

In dieser Funktion erarbeiten die Referate unter anderem Fachvorgaben für den nachgeordneten Bereich und geben den Rahmen vor, in dem der LBIH die ihm übertragenen Aufgaben ausführt.

Ziel: CO₂-neutrale Landesverwaltung 2030

Die CO₂-neutrale Landesverwaltung 2030 ist ein Ziel der Hessischen Nachhaltigkeitsstrategie und wurde bereits im Jahr 2008 beschlossen. Aufgrund des beträchtlichen Anteils der CO₂-Emissionen durch den Gebäudebetrieb und der fachlichen Zuständigkeit des HMdF für den Gebäudebestand, ist die Geschäftsstelle der CO₂-neutralen Landesverwaltung im Ministerium der Finanzen angesiedelt. Richtungsweisende Entscheidungen werden im Steuerungsgremium der CO₂-neutralen Landesverwaltung getroffen, dem Vertreterinnen und Vertreter weiterer Ministerien angehören.

Neben der jährlichen Erstellung und Zertifizierung von CO₂-Bilanzen wird der energetische Zustand der Bestandsbauten des Landes Hessen signifikant verbessert. Zudem werden die Voraussetzungen für eine umweltfreundliche dienstliche Mobilität geschaffen. Hierzu werden verschiedene Programme, die sogenannten „CO₂-Minderungs- und Energieeffizienzprogramme“ (COME) durchgeführt.

Sanierung im Bestand

CO₂-Minderungs- und Energieeffizienzprogramm (COME)

Zur energetischen Sanierung von Bestandsgebäuden wurde das CO₂-Minderungs- und Energieeffizienzprogramm (COME-Programm) aufgelegt.

Mit diesem Programm sind zwischen 2012 und 2019 insgesamt 96 Maßnahmen umgesetzt worden, Contracting-Maßnahmen durchgeführt und ein Energiemonitoring bei einer verbrauchsintensiven Liegenschaft aufgebaut worden. Teil des COME-Programms war außerdem die Erneuerung veralteter, mit fossilen Brennstoffen betriebene Heizkessel und die Umstellung von Feuerungsanlagen auf regenerative Energieträger wie zum Beispiel Holzpellets oder Holzhackschnitzel – soweit dies technisch und wirtschaftlich möglich erschien. In einigen Liegenschaften wurden Blockheizkraftwerke für die Wärmeherzeugung installiert. Für die Sanierungsmaßnahmen wurden insgesamt 154 Millionen Euro investiert.

Das zu Programmbeginn formulierte Ziel, 200.000 Tonnen CO₂ innerhalb von 30 Jahren einzusparen, ist mit 250.000 Tonnen CO₂-Einsparung deutlich übertroffen worden. Dieser Erfolg hat folgenden weiteren Programmen den Weg bereitet.

1. COME-Hochschulen

Budget: 240 Millionen Euro für energetische Maßnahmen sowie zusätzlich nichtenergetische Kosten: rund 51 Millionen Euro

Prognose CO₂-Einsparung:
rund 180.000 Tonnen / 30a

2. COME-Solar

Budget: 26 Millionen Euro

Ziel: Realisierung von mindestens 130.000 m² Dachfläche bzw. 100.000 m² Generatorfläche beziehungsweise 12 MWp Leistung an Photovoltaik-Anlagen auf Landesdächern.

3. COME-Mobilität

Budget: 18,5 Millionen Euro bis 2025 (danach Evaluierung)

Ziel: Aufbau einer einheitlichen Ladeinfrastruktur für E-Fahrzeuge in allen hessischen Landesliegenschaften

Errichtung von jährlich 150 Ladepunkten

Errichtung von 1.000 Abstellplätzen für Fahrräder und Pedelecs, einschließlich bedarfsgerechter Ladevorrichtung

Energetische Standards für Neubauten und für energetische Sanierungen

Insbesondere bei den Neubauten und bei zu sanierenden Bestandsgebäuden werden die CO₂-Emissionen im Lebenszyklus des Gebäudes minimiert. Bei den Neubauten ist eine Unterschreitung des Primärenergiebedarfs um 45 % (Büro-, Verwaltungs-, Wohngebäude) bzw. um 30 % (Gebäude sonstiger Nutzung) gegenüber den Vorgaben des Gebäudeenergiegesetzes 2020 (GEG) erforderlich. In einer Alternativvariante wird eine weitere Unterschreitung um 60 % wirtschaftlich geprüft. Energetische Sanierungen sind so auszuführen, dass mindestens die Anforderungen des GEG an den Primärenergiebedarf von Neubauten erfüllt werden. In einer Alternativvariante wird die Wirtschaftlichkeit einer Unterschreitung des Primärenergiebedarfs um mindestens 45 % gegenüber dem Neubaustandard geprüft. Während der Primärenergiebedarf auf einem möglichst geringen Niveau gehalten wird, wird der erforderliche Energiebedarf im Rahmen der wirtschaftlich-technischen Umsetzbarkeit durch regenerative oder emissionsarme Energieträger gedeckt.

Landesneubauten sind so zu errichten beziehungsweise energetisch zu sanieren, dass sie die Anforderungen an die Gebäudehülle des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) im Mittel um 50 % unterschreiten. Sollte eine weitere Reduzierung der Wärmeverluste durch die Hülle technisch möglich und wirtschaftlich sinnvoll sein, so ist dies durch



eine Alternativvariante im Variantenvergleich darzustellen.

Im Rahmen der Vorbildfunktion der CO₂-neutralen Landesverwaltung sind PV-Anlagen für Neubauten grundsätzlich und bei Sanierungen bestehender Gebäude, falls keine technischen Hinderungsgründe bestehen, entsprechend der nutzbaren Dachflächen vorzusehen. Bei Warmwasserbedarf ist der Einsatz von thermischen Solaranlagen zu prüfen.

Energiemanagement in den Liegenschaften der Landesverwaltung

Aus dem Projekt CO₂-neutrale Landesverwaltung ging ein novellierter gemeinsamer Runderlass aller hessischen Ministerien „Hinweise zum Energiemanagement in den Dienststellen des Landes (EMA-Hessen)“ hervor. Darin wird ein Fokus auf die nutzungsbedingten Energieverbräuche gelegt. Die Regelungen ergänzen damit die baulichen Maßnahmen zur Reduzierung von Energieverbräuchen.

Nach den Regelungen der EMA Hessen ist die Dienststellenleitung für eine sachgerechte und wirtschaftliche Energieverwendung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihres Hauses verantwortlich. In den Dienststellen wird hierzu eine Koordinatorin oder ein Koordinator für Energiefragen benannt, um eine sachgerechte und wirtschaftliche Energieverwendung in den Liegenschaften des Landes zu unterstützen. Sie erhalten regelmäßig Informationen über die Entwicklung der Energieverbräuche ihrer Dienststelle, veröffentlichen diese intern und fördern das Bewusstsein für energiesparendes Verhalten. Fachlich begleitet werden sie von den Energiebeauftragten und dem Competence Center Energie (CC Energie) des Landesbetriebs Bau und Immobilien Hessen (LBIH).

Kommunikation und Bewusstseinsbildungen im Rahmen der CO₂-neutralen Landesverwaltung

Zu den Aufgaben der CO₂-neutralen Landesverwaltung gehört es auch, das Bewusstsein für Klimaschutz zu schärfen, sowohl bei den Beschäftigten, wie auch in der Öffentlichkeit. Dazu werden unterschiedliche Kommunikations- und Fortbildungsmaßnahmen für unterschiedliche Zielgruppen erstellt.

Fortbildung

Gemeinsam mit dem Landesbetrieb Bau und Immobilien Hessen (LBIH) und der LandesEnergie-Agentur Hessen GmbH organisiert die CO₂-neutrale Landesverwaltung Fortbildungsveranstaltungen, an denen die Energiebeauftragten und die Koordinatorinnen und Koordinatoren für Energiefragen virtuell teilnehmen können.

Ab 2023 haben die Koordinatorinnen und Koordinatoren für Energiefragen Gelegenheit, sich jederzeit selbstständig in einer Online-Schulung mit dem Thema Energieeffizienz in der Dienststelle zu beschäftigen.

KLIMAZIN - das digitale Magazin der CO₂-neutralen Landesverwaltung

Die 24-seitige Broschüre erscheint zweimal im Jahr. Sie stellt die Entwicklungen und Maßnahmen der CO₂-neutralen Landesverwaltung dar, berichtet über nationale und globale Zusammenhänge und über Projekte ihrer Partner. Mit einer ausgewogenen Mischung von Beiträgen aus Politik, Wissenschaft und Verwaltung macht das KLIMAZIN auf das Thema Nachhaltigkeit aufmerksam und regt zum Mitmachen an.³¹

Maßnahmen zu Energieeinsparungen im Rahmen der aktuellen Energiekrise

Gemeinsamer Runderlass

Am 1. September 2022 ist der Gemeinsame Runderlass „Maßnahmen zur Energieeinsparung in den Liegenschaften der Landesverwaltung“ in Kraft getreten, der für alle Liegenschaften und Gebäude des Landes Hessen verbindlich ist. Mit den darin

vorgegebenen Maßnahmen soll in der kommenden Heizperiode eine Energieeinsparung von bis zu 15 Prozent erreicht werden. Für den Stromverbrauch wird eine Einsparung in Höhe von fünf Prozent erwartet.³²

Federführend bei der Erstellung des Runderlasses war ebenfalls Referat IV 8 in seiner Verantwortung für baufachliche und technische Standards. Die Umsetzung erfolgt durch den LBIH in Zusammenarbeit mit den Nutzerinnen und Nutzern der Gebäude, insbesondere den Koordinatorinnen und Koordinatoren für Energiefragen. Das Controlling dieser Maßnahmen erfolgt durch den LBIH und das HMdF.

Energiesparkampagne: „Gib mir fünf“

Mit einer Kampagne zum Energiesparpaket für die Landesverwaltung ruft die CO₂-neutrale Landesverwaltung alle Beschäftigten auf, sich aktiv am Energiesparen zu beteiligen. Anhand der fünf Handlungsfelder Strom, Heizung, Licht, Wasser und Raumklima wird deutlich, an welchen Stellen und wie sich die Beschäftigten beteiligen können. Flyer, Plakate, Postkarten und weitere Materialien, die in den Dienststellen aufgehängt, ausgelegt sowie an Mitarbeitende verteilt werden können, rufen zum Mitmachen auf.³³

Haushalt und Finanzpolitik

In der Haushalts- und Finanzpolitik hat sich Hessen der Generationengerechtigkeit und Transparenz verpflichtet. In diesem Sinne machen in der Abteilung III des HMdF verschiedene Bereiche ihren Einfluss auf den Umweltschutz geltend. Im Fokus stehen hier das Kredit- und Anlagenmanagement, die Anlage des Sondervermögens Versorgungsrücklage, der Ausweis von Nachhaltigkeitskennzahlen im Haushalt und im Geschäftsbericht des Landes sowie die Relevanz von Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen.

Kredit

Um die Maßnahmen zum Umweltschutz in der gesamten Landesverwaltung zu refinanzieren, wurde

im Juni 2021 erstmals eine Grüne Anleihe begeben. Mit einem Volumen von 600 Millionen Euro war es die bisher größte grüne Benchmark eines deutschen Bundeslandes. Die Emission war mehr als sechsfach überzeichnet mit einem Gesamtvolumen der Orders von über 3,6 Milliarden Euro. Dies zeigt das hohe Interesse seitens der Investoren. Eine solche Nachfrage war bisher noch bei keiner Landesanleihe zu verzeichnen. Die unabhängige Ratingagentur ISS ESG begutachtete die konkrete Ausgestaltung der Grünen Anleihe und stellte dem Land hierfür ein sehr gutes Umweltrating aus. Die Erlöse dienen der Refinanzierung grüner Ausgaben dreier vorangegangener Haushaltsjahre (2018-2020). Ein Allokations- und Wirkungsbericht mit den umweltrelevanten Auswirkungen der einzelnen Projekte konnte zeitnah veröffentlicht werden.


Anlage des Sondervermögens

Versorgungsrücklage des Landes Hessen

Die Anlage des Sondervermögens Versorgungsrücklage des Landes Hessen muss sich an den geltenden ökologischen und sozialen Standards für Investitionen der öffentlichen Hand messen lassen. Daher wird seit 2007 die Aktienanlage des Sondervermögens unter Nachhaltigkeitskriterien ausgewählt. Seit 2018 ist das Land gesetzlich zur Berücksichtigung von ökologischen und sozialen Nachhaltigkeitsaspekten, von Aspekten der ordentlichen Unternehmensführung sowie zur Beachtung der in der Initiative Global Compact der Vereinten Nationen genannten Prinzipien verpflichtet. Als erstes Bundesland trat Hessen im April 2019 der UN-Initiative Principles for Responsible Investment bei und hat seitdem sukzessive Nachhaltigkeitskriterien für alle Anlageklassen (Aktien, Immobilien und Staatsanleihen) erarbeitet. Anlagen in Staatsanleihen erfolgen ausschließlich in Emittenten, die sich zur Einhaltung der Vorgaben des Pariser Klimaschutzabkommens verpflichtet haben. Bei seiner Aktienanlage investiert das Sondervermögen Versorgungsrücklage aus-

³² <https://co2.hessen-nachhaltig.de/energiesparpaket-der-landesregierung.html>

³³ <https://co2.hessen-nachhaltig.de/energiesparkampagne.html>



schließlich in die gemeinsam mit Baden-Württemberg, Brandenburg und Nordrhein-Westfalen konzipierten „fossil free“ Indizes der Länder. Diese Indizes sehen einen weitreichenden Ausschluss von Unternehmen vor, die Einnahmen aus der Gewinnung, Exploration oder Lagerung fossiler Brennstoffe erzielen. Die Indizes werden derzeit überarbeitet mit dem Ziel, künftig auch den strengen Anforderungen an eine Paris Aligned Benchmark³⁴ zu genügen.

Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen

Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen auf Basis anerkannter Verfahren bilden eine Grundlage für Entscheidungen über finanzwirksame Maßnahmen des Landes. Seit April 2022 ist nunmehr in § 7 Abs. 2 der Landeshaushaltsordnung (LHO) festgeschrieben, dass in Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen auch ökologische und soziale Folgekosten zu berücksichtigen sind. Dies kann in der Folge weitreichende Auswirkungen auf die Beurteilung der Wirtschaftlichkeit einzelner Maßnahmen und somit auf deren Durchführung haben.

Im HMdF ist die zentrale Stelle angesiedelt, die sich mit den rechtlichen Grundlagen von Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen befasst. Sie steht auch für Fragen zur Umsetzung von § 7 LHO zur Verfügung und vermittelt das Wissen zur Erstellung von Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen. Im Zuge der Erweiterung des § 7 LHO um ökologische und soziale Folgekosten werden die entsprechenden Verwaltungsvorschriften neu gefasst und enthalten dann auch Hinweise zu Nachhaltigkeitsaspekten. Eine konkrete Anleitung zu deren Operationalisierung wird darüber hinaus in den Leitfaden für Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen in der hessischen Landesverwaltung aufgenommen, um so eine ganzheitliche Betrachtung finanzwirksamer Maßnahmen unter Berücksichtigung von Umweltauswirkungen zu gewährleisten.

Indirekte Umweltaspekte der Niederlassung Nord des LBIH


Die Niederlassung Nord des LBIH betreibt das operative Geschäft der Bauverwaltung in ihrem räumlichen Zuständigkeitsbereich in Nordhessen. Bei Bauaufgaben, Verwaltung und Bewirtschaftung der Liegenschaften hat die Niederlassung diverse Einflussmöglichkeiten auf die Umweltleistung der Standorte. So gilt es im Bau und Gebäudemanagement umweltschonende Materialien, Hilfs- und Betriebsstoffe einzusetzen. Resultierend aus den oben erwähnten Vorgaben, wie der EMA-Hessen, haben die Beschäftigten etwa auch den Auftrag, die Energieeffizienz der Gebäude zu überwachen und zu steigern sowie die Nutzerinnen und Nutzer diesbezüglich zu beraten. Dem Einfluss sind aber auch Grenzen gesetzt. Bei der Umsetzung der Aufgaben ist die Niederlassung hinsichtlich der Vorgaben, der Ressourcenbereitstellung oder auch der Beschaffung abhängig von den Entscheidungen und Maßnahmen vorgesetzter Behörden. Darüber hinaus ist die Niederlassung Dienstleister und richtet sich sowohl im Bau als auch im Betrieb nach den Wünschen und Vorgaben ihrer Kunden.

WESENTLICHE UMWELTRECHTLICHE ANFORDERUNGEN UND DEREN EINHALTUNG (RECHTSKATASTER)

Die externen Vorgaben an unsere Organisation und an unser Umweltmanagementsystem sind durch die für uns geltenden rechtlichen Vorschriften sowie die unserem Managementsystem zugrundeliegenden Normen definiert. Zu den rechtlichen Anforderungen haben wir Rechtskataster bei einem Online-Dienst eingerichtet. Für den Gebäudebetrieb gibt es darüber hinaus eine Liste der daraus resultierenden wiederkehrenden Pflichten. Die Rechtsdatenbank hilft uns die relevanten Umweltgesetze und -verordnungen im Blick zu

behalten. Die Aktualisierung des Rechtskatasters und der daraus abgeleiteten rechtlichen Forderungen, sowie deren Aktualisierung erfolgt kontinuierlich über den Aktualisierungsservice. In internen Audits wird die Einhaltung überprüft. So stellen wir sicher, dass sowohl gegenwärtig als auch zukünftig keine Verstöße gegen geltendes Umweltrecht auftreten. Im Wesentlichen resultieren die Rechtspflichten aus dem Betrieb und der Nutzung der Gebäude. Sie lassen sich in vier Gruppen zusammenfassen:

... gegenüber Beschäftigten	<ul style="list-style-type: none"> → Fürsorgepflichten → Vermeidung von Gefährdungen → Ergreifung von Schutzmaßnahmen
... gegenüber der Allgemeinheit	<ul style="list-style-type: none"> → Verkehrssicherungspflichten → Schadensersatzpflicht
... gegenüber der Umwelt	<ul style="list-style-type: none"> → Vermeidung schädlicher Umwelteinwirkungen
... gegenüber Behörden	<ul style="list-style-type: none"> → Mitteilungs-, Melde- und Auskunftspflichten



Die folgenden umweltrelevanten Rechtsvorschriften sind für uns wesentlich:

1. BImSchV / KÜO

Unsere Heizungsanlagen unterliegen – soweit es sich um Feuerungsanlagen handelt – der Kleinf Feuerungsanlagenverordnung (1. BImSchV) und der Kehr- und Überprüfungsordnung (KÜO). Sie werden regelmäßig gewartet und durch den Schornsteinfeger geprüft. Die vorgegebenen Grenzwerte werden eingehalten.

F-Gase-Verordnung

Wir betreiben Kälteanlagen und eine Wärmepumpe, die einer Pflicht zur Durchführung von Dichtheitsprüfungen nach F-Gase-Verordnung (Verordnung (EU) Nr. 517/2014) unterliegen (Kältemittelinhalt entspricht ≥ 5 t CO₂-Äquivalent). Diese werden durch Sachkundige gewartet, die notwendigen Dichtheitsprüfungen durchgeführt und in Logbüchern dokumentiert.

Kreislaufwirtschaftsgesetz / Nachweisverordnung

In unseren Liegenschaften fallen nichtgefährliche und gefährliche Abfälle an. Die gefährlichen Abfälle sind im Wesentlichen haushaltsüblich (z.B. Leuchtstoffröhren, Batterien/Akkus) und fallen nur in geringem Umfang an. Sie werden über öffentliche Entsorgungswege (Wertstoffhöfe, Schadstoffmobile) entsorgt und die Mengen nicht erfasst.

Gewerbeabfallverordnung

Wir unterliegen der Gewerbeabfallverordnung. Wir trennen die bei uns anfallenden siedlungsähnlichen Gewerbeabfälle in folgende Fraktionen: Papier und Pappe, Metalle, Glas, gelber Sack, Bioabfälle. Altholz und Alttextilien fallen bei uns nicht oder nur in sehr geringem Umfang an und werden daher nicht getrennt erfasst. Die gemäß Gewerbeabfallverordnung geforderte Dokumentation ist erstellt.

Gefahrstoffverordnung

Bei uns werden als Gefahrstoffe im Wesentlichen haushaltsübliche Gefahrstoffe (für Reinigung, Spülmaschinen, etc.) eingesetzt. Zu den Gefahrstoffen halten wir die vorliegenden Sicherheitsdatenblätter aktuell, führen ein Gefahrstoffverzeichnis und haben Betriebsanweisungen nach § 14 GefStoffV erstellt. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden regelmäßig zum adäquaten Umgang mit Gefahrstoffen unterwiesen.

In den hier betrachteten Liegenschaften gibt es keine Altlasten oder Altlastenverdachtsflächen.

ERKLÄRUNG DER UMWELTGUTACHTER ZU DEN BEGUTACHTUNGS- UND VALIDIERUNGSTÄTIGKEITEN

Die Unterzeichnenden, Michael Hub und Dr. Carola Welzl, EMAS-Umweltgutachter mit den Registrierungsnummern DE-V-0086 und DE-V-0188, akkreditiert oder zugelassen für den Bereich (NACE-Code)

- 84.1 Öffentliche Verwaltung

bestätigen, begutachtet zu haben, ob die Standorte, wie in der aktualisierten Umwelterklärung der Organisation

Hessisches Ministerium der Finanzen

Liegenschaften: Hessisches Ministerium der Finanzen
Friedrich-Ebert-Allee 8, 65185 Wiesbaden
Finanzamt Eschwege-Witzenhausen
Schlesienstr. 2 und Max-Woelm-Str. 5-7, 37269 Eschwege
Südbahnhofstr. 37, 37213 Witzenhausen
Finanzamt Korbach-Frankenberg
Medebacher Landstr. 29, 34497 Korbach
Geismarer Str. 16, 35066 Frankenberg
Landesbetrieb Bau und Immobilien Hessen – Niederlassung Nord
Leuschnerstraße 75, 34134 Kassel

mit der Registrierungsnummer DE-139-00103

angegeben, alle Anforderungen der

Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 zuletzt geändert durch Verordnung (EU) 2018/2026 (EMAS)

über die freiwillige Teilnahme von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für

Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung

erfüllen.

Mit der Unterzeichnung dieser Erklärung wird bestätigt, dass

- die Begutachtung und Validierung in voller Übereinstimmung mit den EMAS-Anforderungen durchgeführt wurden,
- das Ergebnis der Begutachtung und Validierung bestätigt, dass keine Belege für die Nichteinhaltung der geltenden Umweltvorschriften vorliegen,
- die Daten und Angaben der aktualisierten Umwelterklärung der Standorte ein verlässliches, glaubhaftes und wahrheitsgetreues Bild sämtlicher Tätigkeiten der Standorte innerhalb des in der Umwelterklärung angegebenen Bereichs geben.

Diese Erklärung kann nicht mit einer EMAS-Registrierung gleichgesetzt werden. Die EMAS-Registrierung kann nur durch eine zuständige Stelle gemäß EMAS-Verordnung erfolgen. Diese Erklärung darf nicht als eigenständige Grundlage für die Unterrichtung der Öffentlichkeit verwendet werden.

Frankfurt am Main, 30.01.2023



Michael Hub
DAU-Zulassungsnummer: DE-V-0086



Dr. Carola Welzl, Umweltgutachterin
DAU-Zulassungsnummer: DE-V-0188

HESSEN



Herausgeber
Hessisches Ministerium der Finanzen
Friedrich-Ebert-Allee 8
65185 Wiesbaden

Vi.S.d.P.

Ralph-Nicolas Pietzonka

Inhaltlich Verantwortlich

Hessisches Ministerium der Finanzen,
Zentralabteilung

Redaktion

Lara Sieber, Alena Kölsch, Carolin Pfaff

Kontakt

pressestelle@hmdf.hessen.de

info@hmdf.hessen.de

Internet

www.finanzen.hessen.de

Bildrechte

© HMdF/LBIH

Titel: © HMdF

S. 5.: © Frank Widmann

Artwork

N. Faber de.sign, Wiesbaden

© Wiesbaden, 04/2023

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Hessischen Landesregierung herausgegeben. Sie darf weder von Parteien, noch von Wahlbewerbern, noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen sowie Wahlen zum Europaparlament. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel.

Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Die genannten Beschränkungen gelten unabhängig davon, auf welchem Wege oder in welcher Anzahl diese Druckschrift dem Empfänger zugegangen ist. Den Parteien ist es jedoch gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden

HESSEN



finanzen.hessen.de

